

N
K
F

Gesamt- abschluss

2011



Stadt
Monheim
am Rhein



Inhaltsverzeichnis

Aufstellungs- und Bestätigungsvermerk.....	3
Gesamtlagebericht.....	4
Gesamtbilanz.....	35
Gesamtergebnisrechnung.....	37
Gesamtanhang.....	38
- Kapitalflussrechnung.....	53
- Gesamtanlagenspiegel.....	54
- Gesamtverbindlichkeitspiegel.....	55

Aufstellungs- und Bestätigungsvermerk

Der Entwurf des Gesamtabschlusses zum 31.12.2011 der Stadt Monheim am Rhein wird hiermit gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW i.V.m. § 95 Abs. 5 GO NRW von der Kämmerin, Frau Sabine Noll, aufgestellt und von dem Bürgermeister, Herrn Daniel Zimmermann, bestätigt.

Monheim am Rhein, 21. September 2015



Sabine Noll
Kämmerin

Monheim am Rhein, 21. September 2015



Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Gesamtlagebericht

1. Einleitung

Mit dem Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2011 legt die Stadt Monheim am Rhein gemäß § 116 Abs. 1 und 2 GO den zweiten konsolidierten Gesamtabschluss für den Konzern Stadt Monheim am Rhein vor. Aufgabe ist es, einen Gesamtüberblick über die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt und ihrer verselbständigten Aufgabenbereiche zu vermitteln. Im Rahmen des Gesamtabschlusses wurde der städtische Jahresabschluss 2011 nach § 95 GO und die Jahresabschlüsse des gleichen Haushaltsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Form konsolidiert.

Dem Gesamtabschluss ist gemäß § 117 GO NRW der Beteiligungsbericht als Anlage beizufügen. Dieser wurde bereits in der Sitzung des Rates am 21.12.2011 vorgelegt.

2. Aufgabenfelder im Konzern

Die Aufgaben im Konzern Stadt Monheim am Rhein umfassen die Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge sowie die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Zum Konsolidierungskreis des Konzerns gehören unter Einbeziehung der Tochtergesellschaften der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH neun Beteiligungsgesellschaften sowie die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Städtische Betriebe Monheim am Rhein.

Neben der Kernverwaltung umfassen die Aufgabenfelder der in den Gesamtabschluss einbezogenen Unternehmen und ausgegliederten Bereiche folgende Betätigungsfelder:

- MVV: Holdinggesellschaft für die städtischen Beteiligungen
 - AWB: Bäderbetrieb
 - BSM: Öffentlicher Personennahverkehr sowie Eisenbahnbetriebs- und Eisenbahninfrastrukturunternehmen
 - MEGA: Energieversorgung
 - Gaulke: Dienstleistungen für Energie und Kommunikation
 - BHKW: Betrieb von BHKW- Anlagen in Monheim am Rhein
 - SEG: Förderung der Wirtschafts-, Sozial- und Infrastruktur der Stadt Monheim am Rhein
 - VWW: Wasserversorgung

- SBM: Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen, Grünflächen, Friedhöfen, Deichanlagen und Sportplätzen
- BZV Opladen: Träger des Berufskollegs Opladen

3. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Im Gesamtabchluss wird erstmalig ein positives Gesamtjahresergebnis in Höhe von T€9.661 ausgewiesen. Zu den Hintergründen wird auf die Erläuterungen zu der Ertrags-, Vermögens- und Schuldenlage verwiesen. Das Jahresergebnis beruht auf dem positiven Ergebnis der Kernverwaltung in Höhe von T€ 15.501. Dem steht ein negatives Ergebnis von insgesamt T€5.840 der verselbständigten Aufgabenbereiche gegenüber.

Zukünftige Gesamtjahresergebnisse sind weiterhin geprägt vom Jahresergebnis der Kernverwaltung, da die verselbständigten Aufgabenbereiche keinen entscheidenden Einfluss auf das Gesamtergebnis nehmen.

4. Ertragslage

Die Ergebnisstruktur stellt sich für das Berichtsjahr 2011 wie folgt dar:

ERGEBNISSTRUKTUR		Ergebnis 2011 T€	%	Ergebnis 2010 T€	%
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	77.336	43,6	41.707	29,8
2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.275	9,2	18.199	13,0
3.	Sonstige Transfererträge	2.695	1,5	1.228	0,8
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.478	10,4	18.202	13,0
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	47.951	27,0	53.017	37,8
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.280	1,4	515	0,4
7.	Sonstige ordentliche Erträge	12.123	6,8	8.045	5,7
8.	Aktivierete Eigenleistungen	345	0,2	719	0,5
9.	Bestandsveränderungen	-204	-0,1	-1.461	-1,0
10.	Ordentliche Gesamterträge	177.279	100,0	140.171	100,0
11.	Personalaufwendungen	-31.697	19,5	-29.691	20,2
12.	Versorgungsaufwendungen	-3.095	1,9	-2.134	1,5
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-42.619	26,3	-39.712	27,1
14.	Bilanzielle Abschreibungen	-16.510	10,2	-16.457	11,2
15.	Transferaufwendungen	-48.181	29,7	-42.880	29,2
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-20.119	12,4	-15.839	10,8
17.	Ordentliche Gesamtaufwendungen	-162.221	100,0	-146.713	100,0
18.	Ordentliches Gesamtergebnis	15.058		-6.542	
19.	Finanzerträge	1.063		282	
20.	Finanzaufwendungen	-5.824		-5.835	
21.	Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung	239		102	

22.	Gesamtfinanzergebnis	-4.522		-5.451	
23.	Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	10.536		-11.993	
24.	Außerordentliche Erträge	13		16	
25.	Außerordentliche Aufwendungen	0		0	
26.	Außerordentliches Gesamtergebnis	13		16	
27.	Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-888		-1.177	
28.	Gesamtjahresergebnis	9.661		-13.154	

Die Ertragslage für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 schließt ähnlich zum Einzelabschluss der Kernverwaltung mit einem positiven Gesamtjahresergebnis von T€ 9.661 ab. Allerdings verschlechtert sich die Ertragslage im Konzern gegenüber dem Kernhaushalt im Einzelabschluss mit einem Jahresüberschuss für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von T€ 14.562 um T€ 4.901.

Die verschlechterte Ertragslage im Konzern beruht im Wesentlichen auf der wirtschaftlichen Lage der konsolidierten MVV, gekennzeichnet durch die Übernahme der strukturell bedingten Verluste von AWB und BSM, die durch die positiven Ergebnisse der MEGA und des Verbandswasserwerks nicht vollständig kompensiert werden konnten. Darüber hinaus weist auch die SBM einen Verlust aus.

Das positive **ordentliche Gesamtergebnis** hat sich deutlich gegenüber dem Vorjahr um T€ 21.600 auf T€ 15.058 erhöht, da die ordentlichen Gesamterträge in Höhe von T€ 37.108 in stärkerem Maße angestiegen sind als die ordentlichen Gesamtaufwendungen, die um T€ 15.508 zugenommen haben. Das positive Jahresergebnis beruht auf höheren **ordentlichen Gesamterträgen** (T€ 35.629), die vor allem den Steuermehrerträgen, vor allem aus Gewerbesteuer auf Grund von Gewerbesteuernachzahlungen für Vorjahre und der Ansiedlung neuer Unternehmen zuzuschreiben sind. Die Zunahme der **ordentlichen Gesamtaufwendungen** ist insbesondere auf höhere Transferaufwendungen und sonstige ordentliche Aufwendungen zurückzuführen.

Hierbei resultiert die Zunahme der Transferaufwendungen um T€ 5.301 im Wesentlichen aus gestiegenen Umlageaufwendungen für die Gewerbesteuer (T€ 2.638) und den Fonds Deutsche Einheit (T€ 2.602) sowie die im Jahr 2011 erstmalig veranschlagte Krankenhausumlage (T€ 472), wohingegen die Aufwendungen für Zuweisungen u.a. an Zweckverbände und private Unternehmen um insgesamt T€ 712 zurückgegangen sind. Der Anstieg der sonstigen ordentlichen Aufwendungen um T€ 4.280 beruht insbesondere auf höheren Versicherungsbeiträgen, bedingt durch einmalige Aufwendungen für die Rückdeckungsversicherung der Beamtenpensionen, und höheren Aufwendungen für wertberichtigte Forderungen bei der Kernverwaltung.

Die ordentlichen Gesamterträge entfallen insbesondere mit T€ 77.336 (43,6 %) auf Steuern und ähnliche Abgaben, mit T€ 16.275 (9,2 %) auf Zuwendungen und allgemeine Umlagen, auf öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte mit T€ 18.478 (10,4 %) und privatrechtliche Leis-

tungsentgelte mit T€ 47.951 (27,0 %). Die ordentlichen Gesamtaufwendungen enthalten vor allem Personalaufwendungen (T€ 31.697 bzw. 19,5 %), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (T€ 42.619 bzw. 26,3 %) und Transferaufwendungen (T€ 48.181 bzw. 29,7 %).

Die Verbesserung des negativen **Gesamtfinanzergebnisses** um T€ 929 beruht auf um T€ 781 höheren Finanzerträgen und dem um T€ 137 verbesserten Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung. Darüber hinaus sind die Finanzaufwendungen um T€ 11 rückläufig.

Da die Stadt Monheim am Rhein an der MEGA nicht zu 100 % beteiligt ist, ist dem Mitgesellschafter Stadtwerke Düsseldorf AG das Jahresergebnis anteilig zuzurechnen. Das anderen Gesellschaftern zuzurechnende Ergebnis beläuft sich für das Berichtsjahr 2011 auf T€ 888 gegenüber T€ 1.177 im Vorjahr.

5. Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich für das Berichtsjahr 2011 wie folgt dar:

	31.12.2011 T€	%	31.12.2010 T€	%
1. Anlagevermögen	440.184	89,0	445.483	93,1
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	13.115	2,7	13.842	2,9
1.1.1 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	644	0,2	563	0,2
1.1.2 Geschäfts- und Firmenwert	12.448	2,5	13.139	2,7
1.1.3 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	23	0,0	140	0,0
1.2 Sachanlagen	413.078	83,5	422.182	88,2
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	48.356	9,7	48.723	10,2
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	116.317	23,5	114.527	23,9
1.2.3 Infrastrukturvermögen	230.490	46,6	238.393	49,8
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.361	0,3	913	0,2
1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	287	0,1	289	0,1
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	8.806	1,8	8.807	1,8
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.834	1,4	6.863	1,4
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	627	0,1	3.667	0,8
1.3 Finanzanlagen	13.991	2,8	9.459	2,0
1.3.1 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	5.564	1,1	6.587	1,4
1.3.2 Sonstige Beteiligungen	256	0,1	192	0,0
1.3.3 Ausleihungen	8.171	1,6	2.680	0,6
2. Umlaufvermögen	53.696	10,8	32.728	6,8
2.1 Vorräte	14.388	2,9	12.973	2,7
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.191	3,3	16.850	3,5
2.3 Liquide Mittel	23.117	4,6	2.905	0,6
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	827	0,2	490	0,1
	494.707	100,0	478.701	100,0

	31.12.2011 T€	%	31.12.2010 T€	%
1. Eigenkapital	115.193	23,3	105.319	22,0
2. Sonderposten	156.111	31,6	155.201	32,4
3. Rückstellungen	64.502	13,0	59.667	12,5
4. Verbindlichkeiten	155.380	31,4	155.126	32,4
5. Passive Rechnungsabgrenzung	3.522	0,7	3.389	0,7
	494.707	100,0	478.701	100,0

Die Bilanzsumme des Konzerns hat sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 478.701 um T€ 16.006 auf T€ 494.707 erhöht. Das **Anlagevermögen** stellt mit T€ 440.184 rd. 89 % der Aktiva dar und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 5.299 auf T€ 440.184 vermindert, da den Investitionen in Höhe von T€ 14.714 Abschreibungen von T€ 16.438 und Abgänge zu Restbuchwerten von T€ 3.575 gegenüberstehen. Die **Sachanlagen** bilden mit 83,5 % den wertmäßig größten Posten und entfallen auf bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (23,5 %), insbesondere Schulen sowie Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäude der Stadt, und auf Infrastrukturvermögen (46,6 %), vor allem Grund und Boden des Infrastrukturvermögens sowie das Abwasserkanal- und Straßennetz der Stadt.

Das **Umlaufvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um T€ 20.968 auf T€ 53.696 erhöht. Die Zunahme des Umlaufvermögens beruht mit T€ 1.415 auf höheren Vorräten, insbesondere durch die zur Veräußerung bestimmten Grundstücke und geleistete Anzahlungen für das „Rheinpark-Gelände“ und das Gewerbegebiet „Im Weidental“, und mit T€ 20.212 auf gestiegene liquide Mittel infolge der Gewerbesteuernachzahlungen für Vorjahre. Dem gegenüber haben die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um T€ 659 vor allem durch geringere privatrechtliche Forderungen für Gas- und Stromlieferungen (T€ 1.202) abgenommen, wohingegen die öffentlich-rechtlichen Forderungen aus Gebühren und Steuern der Kernverwaltung um T€ 563 angestiegen sind.

Das **Eigenkapital** in Höhe von T€ 115.193 beträgt bezogen auf die Bilanzsumme 23,3 % (Einzelabschluss der Kernverwaltung 25,0 %). Im Eigenkapital sind Anteile anderer Gesellschafter in Höhe von T€ 11.041 bzw. 2,2 % enthalten.

Neben dem Eigenkapital zählen die **Sonderposten** mit Eigenkapitalcharakter zum wirtschaftlichen Eigenkapital (Eigenkapitalquote II). Die Sonderposten sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 910 auf T€ 156.111 bzw. 31,6 % der Bilanzsumme gestiegen und beinhalten im Wesentlichen einen von der damaligen Landesregierung initiierten und zwischen der Stadt Monheim am Rhein und der vormals LEG NRW („Neuen Heimat“) abgeschlossenen Ansiedlungsvertrag. Nach diesem Vertrag hatte die LEG NRW bei der Errichtung des Berliner Viertels und der Bebauung des Baumberger Feldes die für die Stadt erforderliche Infrastruktur einschließlich Schulen, Kindertagesstätten sowie das Bildungs- und Kulturzentrum auf eigene Kosten zu errichten und diese unentgeltlich der Stadt zu übertragen.

Die Zunahme der **Rückstellungen** um T€ 4.835 auf T€ 64.502 beruht insbesondere auf höheren Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen (T€ 2.984), wovon T€ 2.858 auf die Kernverwaltung entfallen sowie auf die im Berichtsjahr gebildete Instandhaltungsrückstellung für unterlassene Straßen- und Gebäudeunterhaltungen in Höhe von T€ 1.923. Dem gegenüber haben sich die sonstigen Rückstellungen um T€ 158, insbesondere durch rückläufige Rückstellungen für die Energieversorgung (T€ 679), vermindert. Weitere Erhöhungen wurden bei den Personalarückstellungen vor allem für Altersteilzeitverpflichtungen (T€ 272) und für Beratungs-, Prüfungs- und Rechtskosten (T€ 267) vorgenommen.

Die Kapitalstruktur des Konzerns ist weiterhin geprägt von **Verbindlichkeiten** in Höhe von T€ 155.380 bzw. 31,4 % der Bilanzsumme, die gegenüber dem Vorjahr leicht um T€ 254 zugenommen haben. Die Verbindlichkeiten beruhen mit T€ 70.573 (14,3 %) auf Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten, wovon T€ 57.560 (Vj. T€ 59.407) auf die Kernverwaltung und T€ 8.072 auf die SEG entfallen, und mit T€ 54.400 (11,0 %) auf Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten sowie mit T€ 13.934 (3,1 %) auf kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Public Private Partnership-Vertrag) seitens der Kernverwaltung.

6. Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestands auf Konzernebene stellt sich wie folgt dar:

	2011	2010
	T€	T€
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	35.985	3.588
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-11.777	-11.871
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-3.996	3.739
Veränderung Finanzmittelbestand	20.212	-4.544
Finanzmittelbestand am 1.1.	2.905	7.449
Finanzmittelbestand am 31.12.	23.117	2.905
Veränderung Finanzmittelbestand	20.212	-4.544

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit weist im Haushaltsjahr 2011 einen um T€ 32.397 höheren Mittelzufluss aus, dem zugleich ein höherer Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit von insgesamt T€ 7.641 gegenübersteht.

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit liegt mit T€ 32.397 über dem Vorjahr von T€ 3.588. Bedeutende Einflussgrößen sind insbesondere das positive Jahresergebnis sowie die Zunahme der Rückstellungen und Verbindlichkeiten.

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände sowie Sach- und Finanzanlagen im Konzern haben zu einem Mittelabfluss in Höhe von T€ 14.367 geführt. Hierbei sind die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen insbesondere durch die Rückdeckungsversicherung der Beamtenpensionen von T€ 4.690 angestiegen, wohingegen die Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen um T€ 5.277 zurückgegangen sind. Darüber hinaus haben sich die Einzahlungen aus dem Verkauf von Sachanlagen von T€ 3.085 auf T€ 1.323 im Haushaltsjahr verringert.

Der Anstieg des negativen Cash-Flows aus Finanzierungstätigkeit um T€ 7.735 beruht insbesondere auf geringeren Einzahlungen aus der Kreditaufnahme bei einem Anstieg der Kredittilgungen.

Die vorhandenen liquiden Mittel und zugesagten Kreditlinien von Banken stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt werden kann. Die Zahlungsfähigkeit im Konzern war zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

7. NKF-Kennzahlenset

Im Rahmen der Anzeige- und Genehmigungspflichten nach der Gemeindeordnung haben die Aufsichtsbehörden die Aufgabe, anhand der ihnen vorgelegten Unterlagen das Handeln der Gemeinden nach Rechtmäßigkeit und Plausibilität zu prüfen und gegebenenfalls gegenüber der einzelnen Gemeinde mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln tätig zu werden. Durch die aufsichtsrechtliche Prüfung soll neben der Einhaltung des haushaltsrechtlichen Rahmens auch eine nachhaltige Haushaltswirtschaft der Gemeinden erreicht werden. Gefährdungen der geordneten Haushaltswirtschaft von Gemeinden und Risiken für ihre Zukunft sollen durch die aufsichtsrechtliche Prüfung frühzeitig erkannt werden. Die Tätigkeit der Aufsichtsbehörden soll durch ausgewählte Kennzahlen, die in dem nachfolgenden NKF-Kennzahlenset gemäß Runderlass des Innenministeriums vom 1. Oktober 2008 enthalten sind, unterstützt werden.

Kennzahlen zur hauswirtschaftlichen Gesamtsituation

		2011
Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Gesamterträge} * 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen}}$	109,3%
Eigenkapitalquote I	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Gesamtbilanzsumme}}$	23,3%
Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{SoPo für Zuwendungen und für Beiträge} * 100}{\text{Gesamtbilanzsumme}}$	54,6%
Fehlbetragsquote	$\frac{\text{Gesamtjahresergebnis vor Minderheitenanteil} * 100}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgemeine Rücklage}}$	—

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Gesamtaufwendungen durch ordentliche Gesamterträge gedeckt werden. Mit einem Aufwandsdeckungsgrad von 109,3 % liegt eine Überdeckung vor.

Die Eigenkapitalquoten spiegeln den Anteil des Eigenkapitals (Eigenkapitalquote I) bzw. des wirtschaftlichen Eigenkapitals (Eigenkapitalquote II) am Gesamtkapital wider.

Die Fehlbetragsquote gibt Auskunft über den durch das Gesamtjahresergebnis (vor Minderheitenanteil) in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteils (ohne Minderheitenanteil). Im Gesamtabschluss 2011 weist der Konzern jedoch erstmalig ein positives Gesamtjahresergebnis aus.

Kennzahlen zur Ertragslage

		2011
Personalintensität	$\frac{\text{Personalaufwand} * 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen}}$	19,5%
Sach- und Dienstleistungsintensität	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} * 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen}}$	26,3%
Transferaufwandsquote	$\frac{\text{Transferaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen}}$	29,7%

Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen ausmachen.

Die Sach- und Dienstleistungsintensität und Transferaufwandsquote lässt erkennen, in welchem Ausmaß der Konzern Leistungen Dritter in Anspruch nimmt bzw. Transferaufwendungen geleistet hat.

Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage

		2011
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtbilanzsumme}}$	44,4%
Infrastrukturquote	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} * 100}{\text{Gesamtbilanzsumme}}$	46,6%
Abschreibungsintensität	$\frac{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen} * 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen}}$	10,1%
Drittfinanzierungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Auflösung Sonderposten} * 100}{\text{Bilanzielle AfA auf Anlagevermögen}}$	40,7%
Investitionsquote	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} * 100}{\text{Abgänge des Anlagevermögen} + \text{AfA auf Anlagevermögen}}$	77,1%

Die Fremdkapitalquote ist der prozentuale Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme. Sie ist ein Maß für die finanzielle Solidität.

Die Infrastrukturquote spiegelt das Verhältnis des Infrastrukturvermögens zum Gesamtvermögen wider. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die Abschreibungsintensität zeigt an, in welchem Umfang der Konzern durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die Drittfinanzierungsquote gibt an, inwieweit die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten die Belastung durch Abschreibungen auf das Anlagevermögen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

Die Investitionsquote zeigt auf, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Im Berichtsjahr 2011 unterschreiten die Investitionen die Abschreibungen und Vermögensabgänge.

Kennzahlen zur Finanzlage

		2011
Anlagenintensität	$\frac{\text{Summe Anlagevermögen} * 100}{\text{Gesamtbilanzsumme}}$	89,0%
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{\text{EK} + \text{SoPo Zuwendungen u. Beiträge} + \text{langfr. FK} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$	87,0%
Liquidität II. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} * 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	115,3%
kurzfristige Verbindlichkeitsquote	$\frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Gesamtbilanzsumme}}$	6,6%
Zinslastquote	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Gesamtaufwendungen}}$	3,6%
Effektivverschuldung	Fremdkapital - liquide Mittel - kurzfristige Forderungen	182.423 T€
dynamischer Verschuldungsgrad	$\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit}}$	5 Jahre

Die Anlagenintensität zeigt an, wie hoch der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist.

Der Anlagendeckungsgrad II zeigt auf, dass das Anlagevermögen zu 87 % durch das langfristig zur Verfügung stehende Kapital gedeckt ist.

Die Liquidität II. Grades gibt stichtagsbezogen Auskunft darüber, inwieweit die kurzfristigen Verbindlichkeiten durch vorhandene liquide Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt sind. Sie sollte ca. 100% betragen. Ein niedrigerer Wert zeigt einen Liquiditätsengpass auf, ein höherer einen Liquiditätsüberschuss. Insofern zeigt der Wert von 115,3% im Jahr 2011 die positive Liquiditätslage des Konzerns Stadt Monheim am Rhein.

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote gibt an, inwieweit die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen aus laufender Geschäftstätigkeit besteht.

Die Effektivverschuldung, die sich aus dem gesamten Fremdkapital abzüglich liquider Mittel und kurzfristigen Forderungen zusammensetzt, beträgt für das Jahr 2011 T€ 182.423 gegenüber T€ 199.324 im Vorjahr.

Anhand der Kennzahl dynamischer Verschuldungsgrad lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Dieser gibt an, in wie vielen Jahren es unter gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen. Unter Zugrundelegung der Finanzlage auf Konzernebene mit einem Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von T€ 35.985 beläuft sich die Schuldentilgungsdauer auf 5 Jahre.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

In seiner Sitzung vom 28. März 2012 beschloss der Rat der Stadt Monheim am Rhein mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Monheim am Rhein“ und senkte den Hebesatz für die Gewerbesteuer von 435 % auf 300 % und für die Grundsteuer B von 455 % auf 400 %. Damit wurde die den Unternehmen gegenüber gemachte Ankündigung der Gewerbesteuerhebesatzsenkung in die Tat umgesetzt und der Weg für die Ansiedlung neuer Unternehmen geebnet. Gleichzeitig wurde der Eintritt in den Wettbewerb eröffnet.

9. Chancen und Risiken

Gemäß § 51 Abs. 1 GemHVO NRW wird nachfolgend auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Gesamtentwicklung der Gemeinde eingegangen.

9.1 Risiken

Die Erträge des Konzerns Stadt Monheim am Rhein beruhen im Wesentlichen auf Steuern und ähnlichen Abgaben, insbesondere der Gewerbe- und den Anteil der Einkommensteuer der Kommune, sowie auf privatrechtlichen Leistungsentgelten aus der Energieversorgung. Hierbei resultiert das Risiko der Stadt Monheim am Rhein insbesondere daraus, dass die oben genannten Erlöse stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf abhängen. In der Energieversorgung spielen auch witterungsbedingte Aspekte eine Rolle, so dass mildere Winter zu unterdurchschnittlichen Gasverkäufen führen und damit die Erlöse negativ beeinflussen.

a) Pensionslasten und Abschluss einer Rückdeckungsversicherung

Gemäß § 36 Absatz 1 GemHVO NRW sind Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften als Rückstellungen anzusetzen. Daher wurde für die Stadt Monheim am Rhein ein versicherungsmathematisches Gutachten zur Erfassung und Bewertung der Pensionsansprüche der aktiven Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfänger erstellt. Die Ergebnisse spiegeln sich in der Position ‚Pensionsrückstellungen‘ in der Eröffnungsbilanz wider. Für die 110 aktiven und 44 pensionierten Beamtinnen und Beamten wurde hierzu ein Betrag in Höhe von rd. € 28 Mio. zum Bilanzstichtag 1. Januar 2007 ermittelt. Entsprechend waren erstmals auch Zuführungen zur Pensionsrückstellung für die aktiven Beamtinnen und Beamten einzuplanen, die die laufenden Ergebnisrechnungen mit rd. € 1,0 Mio. belasten und für die Deckung der Pensionszahlungen herangezogen werden sollen. Die Bildung von bilanziellen Pensionsrückstellungen an sich löst jedoch das Problem der Finan-

zierung der künftigen Auszahlungen der Versorgungsbezüge nicht. Hinzu kommt, dass die Pensionslasten vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung weiter ansteigen. Derzeit belaufen sich die jährlichen Aufwendungen nur für die Versorgungsleistungen der Pensionäre auf rd. € 1,2 Mio. Anwartschaften der aktiven Beamtinnen und Beamten sind hier nicht berücksichtigt.

Die Entwicklung der künftigen Versorgungslasten, sofern diese weiterhin aus dem laufenden Haushalt gezahlt werden, stellt sich wie folgt dar:

2020	2030	2040	2050	2060
€ 1,7 Mio.	€ 2,8 Mio.	€ 4,1 Mio.	€ 4,5 Mio.	€ 5,1 Mio.

Damit mehr als verdreifachen sich die heutigen Versorgungsaufwendungen in Höhe von € 1,2 Mio. auf über € 4,0 Mio. in den nächsten dreißig Jahren. Die Situation verdeutlicht sich mit Blick auf die Entwicklung der Pensionseintritte der derzeit aktiven Beamtinnen und Beamten:

bis 2018	bis 2028	bis 2033	bis 2043	bis 2055
16 Personen	31 Personen	23 Personen	28 Personen	12 Personen

Es ist abzusehen, dass die steigenden Pensionsverpflichtungen zu einer ernsthaften Bedrohung für die Handlungsfähigkeit der Stadt werden. Entsprechend ist die Finanzierung aus dem laufenden Haushalt bzw. über eine rein umlagefinanzierte Versorgungskasse in Frage zu stellen. Da auch ein Rückgriff auf das kommunale Vermögen mangels Verwertbarkeit zur Finanzierung ausscheidet, wurde beschlossen, einen Kapitalstock aufzubauen. Im Rahmen einer landesweiten Projektstudie wurden sinnvolle und realisierbare Lösungen analysiert. Maßgabe war, unter Berücksichtigung der individuellen Situation der Stadt Monheim am Rhein ein maßgeschneidertes Konzept zu entwickeln, das auch den Anforderungen des Innenministeriums NRW genügt. Das Ergebnis zeigte, dass Rückdeckungsversicherungen unter ökonomischen Gesichtspunkten als Lösungsmodell für die Finanzierung der Beamtenversorgung infolge des Zusammenspiels von garantierter Mindestverzinsung und geringem Anlagerisiko bei gleichzeitiger Beteiligung an rentablen Erträgen als vorteilhaft zu beurteilen sind. Mit Sitzung vom 6. Oktober 2010 beauftragte der Rat der Stadt Monheim am Rhein die Verwaltung zur Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung zukünftiger Pensionslasten für die aktiven Beamtinnen und Beamten die notwendigen Finanzmittel ab dem 1. Januar 2011 in eine Renten-/Lebensversicherung anzulegen und das dafür notwendige europaweite Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Die Veröffentlichung im Supplement der EU erfolgte am 17. Februar 2011. In der Sitzung des Rates am 26. Mai 2011 wurden die Angebote dem Rat

präsentiert und die Zustimmung zur Vergabe an zwei Versicherungsunternehmen erteilt. Dies bedeutet, dass die Stadt Monheim am Rhein einen jährlichen Versicherungsbeitrag an die Versicherer zu zahlen hat, der sowohl aufwands- als auch zahlungswirksam ist. Mit dem Versicherungsbeitrag wird ein Kapitalstock auf der Aktivseite der Bilanz aufgebaut, der im gleichen Zug mit dem Aufwand gegen eine Ertragsposition gebucht wird. Das bedeutet, dass diese Versicherungslösung den Ergebnishaushalt nicht negativ beeinflusst. Es bleibt die Belastung durch die Zahlung des Beitrages. Die Entlastung auf der Liquiditätsseite erfolgt sukzessive, sobald die aktiven Beamtinnen und Beamten in den Ruhestand treten. Das Risiko aus den Pensionsverpflichtungen kann somit - mit dem Abschluss der Rückdeckungsversicherungen – aufgefangen werden.

b) Entwicklung Hilfe zur Erziehung

In den vergangenen Jahren ist bundesweit ein eklatant zunehmender Kosten- bzw. Fallanstieg im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu erkennen, der durch unterschiedliche Veränderungen im Bereich der Jugendhilfe begründet ist.

Durch das im Jahr 2011 eingeführte Rückführungsmanagement konnten sechs Kinder wieder zu ihren Eltern zurückgeführt werden, wobei dies zur Stabilisierung meist einer zeitlich befristeten ambulanten Hilfeleistung einhergeht. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres 2011 17 stationäre Hilfen beendet (Rückführung oder Abbruch), wodurch laufende finanzielle Leistungen in Höhe von ca. € 300.000,- eingestellt werden konnten.

Auch bei den ambulanten Hilfen ist im Jahr 2011 eine deutliche Zunahme zu verzeichnen gewesen. Die Familienhilfe Monheim betreut im Jahr durchschnittlich 569 Familien ambulant und arbeitete mit Wartelisten, so dass bei dringendem Bedarf Hilfen von externen Anbietern eingekauft werden müssen. Zwischenzeitlich werden 56 Familien zusätzlich durch externe Anbieter ambulant betreut. Grund für den Zuwachs ist neben allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen zu immer vielschichtigeren familiensystemischen Störungen aller Art, auch die Verschärfung der gesetzlichen Normen.

Die zentrale Bestimmung zur Kindeswohlgefährdung im Kinder- und Jugendhilferecht sorgt für eine Sensibilisierung sowohl der zuständigen Beschäftigten als auch der Bevölkerung. Es werden vermehrt Meldungen über Kindeswohlgefährdungen verzeichnet, aus denen Hilfen zur Erziehung oder auch Inobhutnahmen entstehen. So ist die Zahl der Inobhutnahmen im Vergleich zu 2008 mit damals 44 Fällen auf 70 Fälle für das Jahr 2011 (Stichtag 23.11) angestiegen.

Zu beobachten ist weiterhin, dass immer mehr Eltern aufgrund von Ablehnung der Krankenkassen im therapeutischen Bereich an die Jugendämter verwiesen werden. Durch die inklusive Beschulung in Schulen ist ein Anstieg der Anträge auf einen Integrationshelfer zu verzeichnen. Auch hier ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Die weiterhin auffällige Sozi-

alstruktur der Stadt Monheim am Rhein – vor allem im Berliner Viertel - hat zur Folge, dass mit einem weiteren Anstieg an Hilfebedarfen zu rechnen ist.

c) **Straßenunterhaltung**

Im Jahr 2009 wurde erstmalig der TÜV mit der Untersuchung von ausgesuchten schadhaften Straßen beauftragt. Ziel war es, den Schadensgrad unabhängig gutachterlich ermitteln zu lassen. Auf dieser Basis wurden dann Gutachten gefertigt, die zum einen als Dokumentation für die in den kommenden Jahren unter Einbeziehung von Abgaben (KAG) grundhaft zu erneuernde Straßen dienen und zum anderen den Umfang des notwendigen Sanierungsbedarfes (z.B. Deckensanierung) belegt.

Erstmalig wurden auf dieser Grundlage in 2011 Rückstellungen für die Auflösung des Sanierungsstaus an Stadtstraßen bereitgestellt. Die Rückstellung von € 610.000,- soll ausschließlich zur großflächigen Sanierung von Straßendecken eingesetzt werden. Damit können rd. 24.000 qm Decke so saniert werden, dass die behandelten Straßen mindestens weitere 10 Jahre wirtschaftlich unterhalten werden können.

d) **Schulentwicklungsplanung**

Der mit dem demographischen Wandel einhergehende Schülerrückgang und der Anspruch auf inklusive Beschulung erfordern Anpassungen in der Schulentwicklungsplanung. Unter anderem ist der vorhandene Schulraum den aktuellen und sich abzeichnenden Bedürfnissen anzupassen. Es zeichnet sich ab, dass ein erheblicher Teil des vorhandenen Schulraums durch das Auslaufen der Hauptschule und Optimierungen in Monheim Baumberg aufgegeben werden kann. Je nach Variantenentscheidung löst das weitere Investitionen aus. Es werden Grundstücksverkaufserlöse generiert und auf Dauer jährlich wiederkehrende Betriebsaufwendungen für nicht mehr benötigten Schulraum erspart.

Chancen und Risiken sind abhängig von den tatsächlich getroffenen politischen Entscheidungen.

e) **Ausbau der Offenen Ganztageeinrichtungen**

Um dem steigenden Bedarf an Plätzen im Offenen Ganztage Rechnung zu tragen, hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein die Verwaltung in seiner Sitzung am 22. März 2010 beauftragt, eine grundlegende Entwicklungsplanung für die Offene Ganztage Schule zu erarbeiten. Durch eine vorhersehbare Steigerung von Plätzen ist von einer Steigerung des Aufwands für den Betrieb auszugehen. Auf Basis dieser Planung hat der Rat am 20. Juli 2011 beschlossen, die Zahl der OGS-Plätze von 550 im Schuljahr 2010/2011 bis zum Schuljahr 2013/2014 sukzessive auf 750 Plätze zu steigern. Hierdurch steigt der Aufwand für den Betrieb in 2011 von rund € 500.000,- auf rund € 640.000,- in 2014. Die mit dem Ausbau verbundenen Investitio-

nen belaufen sich im Jahr 2011 auf €20.000,-, im Jahr 2012 auf rd. €100.000,-, im Jahr 2013 auf rund €150.000,- und im Jahr 2014 auf rund €125.000,-.

f) Sportstättenentwicklungskonzept

Die vertragliche Verpflichtung, den Sportplatz am Kielsgraben bis Mitte 2011 zurückbauen zu müssen (Gelände ist vom Grundstückseigentümer zur Auskiesung vorgesehen) und der Sanierungsbedarf an weiteren Sportanlagen hat zur Entwicklung eines Sportstättenkonzeptes geführt, das der Rat in seiner Sitzung am 28. März 2010 beschlossen hat. Die im Jahr 2011 zur Realisierung vorgesehenen Maßnahmen sind weitestgehend abgeschlossen und mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert.

g) Realisierung und Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan

Die Stadt Monheim am Rhein ist nach dem FSHG zur Vorhaltung einer den örtlichen Verhältnissen leistungsfähigen FW verpflichtet. Um zu ermitteln, welche Maßnahmen zur gesetzeskonformen Ausstattung erforderlich sind, verabschiedete der Rat Ende 2002 den ersten Brandschutzbedarfsplan. Nach sorgfältiger Analyse des im Stadtgebiet vorhandenen Gefahrenpotentials wurden darin die Anforderungen an eine leistungsfähige FW beschrieben. Diese beinhalten zum einen personalwirtschaftliche Maßnahmen, zum anderen aber auch Maßnahmen im investiven Bereich wie Ausstattung mit Fahrzeugen und technisches Gerät oder die Gebäudebewirtschaftung. Die notwendigen Maßnahmen wurden seitdem sukzessive umgesetzt. Der BSBPL wird seit dem Sommer 2008 fortgeschrieben und führt zu den dort dargestellten haushaltsrelevanten Belastungen, die sorgfältig zu beobachten und zu etatisieren sind.

h) Energieversorgung

Am 14. März 2011 hat die Bundesregierung aufgrund der Ereignisse im japanischen Atomkraftwerk Fukushima beschlossen, die sieben ältesten Atomkraftwerke Deutschlands für drei Monate vom Netz zu nehmen und in dieser Zeit alle 17 deutschen Atomkraftwerke einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Parallel dazu wurde eine Ethikkommission einberufen, die abschätzen sollte, ob die Nutzung von Atomenergie gesellschaftlich weiterhin verantwortbar ist. Das Resultat der Untersuchungen führte zu einer weitgehenden Neuausrichtung der energiepolitischen Ziele der Bundesregierung, welche am 30. Juni 2011 durch die Änderungen an den folgenden Gesetzen eingeleitet wurde:

- Atomgesetz (AtG)
- Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
- Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)
- Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG)

Das novellierte AtG sieht vor, bis Ende 2022 schrittweise alle Atomkraftwerke stillzulegen, wobei die sieben bereits abgeschalteten Anlagen nicht wieder ans Netz gehen. Es bietet sich somit die Chance auf mehr Wettbewerb. Weiteren Marktteilnehmern ist es möglich, neben den bisherigen vier dominierenden Energieversorgungsunternehmen am Markt der Stromerzeugung teilzunehmen. Außerdem bietet das Gesetz verlässliche Rahmenbedingungen in Bezug auf die Atomkraft. Diese sind für kommunale Energieversorger eine wesentliche Voraussetzung, um Investitionen in die Stromerzeugung tätigen zu können. Die EEG-Novelle sieht vor, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am deutschen Stromverbrauch schrittweise bis zum Jahr 2050 auf 80 % steigen soll. Die Anfangsvergütung für Windenergie an Land bleibt unverändert, für Offshore - Windanlagen hingegen erhöht sich die Vergütung. Nejustierungen gibt es auch bei der Förderung von Bioenergie.

Die EnWG-Novelle dient der Umsetzung der europäischen Vorgaben des Dritten Binnenmarktpakets „Energie“, von dessen zentralem Ziel der konsequenten Entflechtung der Transportnetzbetreiber wir nicht direkt betroffen sind. Außerdem enthält die Novelle Regelungen zur Ausgestaltung des Unbundlings für Verteilnetzbetreiber, zu einem schnelleren Lieferantenwechsel, der Einführung intelligenter Messsysteme sowie zur Einrichtung einer Verbraucherschlichtungsstelle.

Die Änderungen im NABEG betreffen Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau von grenzüberschreitenden oder länderübergreifenden Höchstspannungsleitungen, die künftig von der Bundesnetzagentur zentral geprüft und geplant werden.

Um die Fortschritte bei der Energiewende zu überwachen, hat die Bundesregierung am 20. Oktober 2011 den Monitoringprozess „Energie der Zukunft“ sowie die Einrichtung einer Expertenkommission beschlossen. Das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium sollen jährlich einen Bericht erstellen, der die Umsetzung der energiepolitischen Beschlüsse und Ziele dokumentiert.

Der Wechsel im Messwesen (WIM) wurde zum 01. Oktober 2011 entsprechend der gesetzlichen Vorgaben bei MEGA umgesetzt und in der EDV implementiert. Hiernach ist es nunmehr möglich, dass Kunden den Messstellenbetrieb (Zählerwesen) sowie die Messstellendienstleister (Ablesung) völlig unabhängig vom Netzbetreiber wählen können. Dies stellt eine neue Herausforderung an die automatisierte Marktkommunikation dar. Die Umsetzung erfolgte bei MEGA fristgerecht.

Weitere Risiken liegen für die MEGA in der Entwicklung des Strom- und Erdgasmarktes. Insbesondere die hohe Volatilität in der Preisentwicklung auf den Öl- und Gasmärkten sowie zukünftig steigende Strompreise führen zu einer Wechselbereitschaft der Kunden. Die mengenmäßige Absatzstruktur (unter Außerachtlassung des größten Sondervertragskunden der MEGA) ist gegenüber dem Vorjahr nicht signifikant verändert, so dass auch weiterhin die

latente Gefahr von Kundenabwanderungen insbesondere im Bereich der Großkunden zu Mitbewerbern vorhanden ist. I

Im Rahmen der Bezugsdiversifizierung hat MEGA mit der KWA Contracting AG eine gemeinsame Gesellschaft gegründet, deren Unternehmenszweck das Betreiben von BHKW Anlagen in Monheim ist. Hierdurch ist neben dem klassischen Bezug ein weiteres Standbein geschaffen worden. Die mengenmäßige Absatzstruktur im Gasbereich ist wie in der Stromsparte ebenfalls durch einen hohen Anteil der Sondervertragskunden am Gesamtabsatz geprägt. Hier besteht ein latentes Risiko bei Abwanderung von großen Sondervertragskunden an Mitbewerber und damit verbundenen Auswirkungen auf die Rohmarge.

i) Öffentlicher Personennah- und Güterverkehr

Ab dem Jahr 2010 gilt im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr eine veränderte Einnahmenaufteilung. Die BSM ermittelt ab dem Berichtsjahr ihren Einnahmenanspruch nicht mehr im „Fremdnutzerverfahren“, sondern wendet aufgrund der Unternehmensgröße das „Anspruchsverfahren“ an, was zu sinkenden Einnahmen führen könnte. Eine mit der Verfahrensumstellung eingeführte Härtefallklausel stellt sicher, dass die BSM bis zum Jahr 2019 nicht von der allgemeinen VRR-Preisentwicklung abgekoppelt wird.

Im Verkehrsverbund Rhein-Sieg wird ebenfalls die Einnahmenezuscheidung - hier ab dem Jahr 2009 - überprüft. Obwohl das Zählverfahren sich nicht ändert, werden sich die tatsächlichen Zuscheidungen der Fahrgeldeinnahmen aufgrund der Zählergebnisse ändern, was zu sinkenden Einnahmen führen könnte. Die Schlüsselwerte der zusammengefassten Landeszuschüsse für Kostenerstattungen des Schülerverkehrs (§ 45a PBefG) und Investitionszuschüsse für Fahrzeuginvestitionen wurden im Jahr 2011 neu ermittelt und waren rückläufig. In Zukunft könnten die Zuschüsse weiter sinken. Für die Durchführung eines modernen, attraktiven ÖPNV in der Stadt Monheim ist die Stabilität dieser Landesmittel aber eine unerlässliche Voraussetzung.

9.2 Chancen

a) Gewerbesteuer

Gewerbesteuernachzahlungen für Vorjahre, die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie verbindliche Zusagen von weiteren ansiedlungswilligen Unternehmen haben es ermöglicht, das Jahr 2011 mit einem Überschuss abzuschließen und für die kommenden Jahre 2012 und 2013 zweistellige Millionenbeträge als positive Salden einplanen zu können. Etwas zeitverzögert führt dies allerdings zu steigenden Umlagezahlungen an Kreis, Land und Bund und damit zu negativen Ergebnissen, die in den Folgejahren 2014/2015 aus der Ausgleichsrücklage zu finanzieren sind. Der im Jahr 2011 interfraktionell abgestimmte strategische Ansatz der drastischen Hebesatzsenkung von 435 % auf 300 % basiert auf vier Säulen:

- Positive Entwicklung der Vorleistungen der in Monheim am Rhein ansässigen Betriebe,
- Ausstehende Nachzahlungen in zweistelliger Millionenhöhe,
- Ansiedlung neuer Unternehmen, deren Steuerzahlungspflicht sich erst später ganzjährig auswirkt,
- Absichtserklärung des Rates, den Hebesatz der Gewerbesteuer zu senken. Dies führt zu starkem Interesse von Unternehmen und ersten konkreten Ansiedlungszusagen.

Die Gewerbesteuernachzahlungen verschaffen der Stadt Monheim am Rhein nicht nur die Möglichkeit, die Situation des Nothaushaltes zu verlassen, sondern bieten auch die Chance, sich durch eine drastische Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes den Eintritt in den Wettbewerb um Unternehmen zu sichern. Sollten sich die Ansiedlungszusagen konkretisieren, würde dies eine deutliche Steigerung der Gewerbesteuererträge und damit eine weitere Stabilisierung der Haushaltssituation bedeuten.

b) Wirtschaftsförderung

Das Jahr 2011 war bedingt durch die Ansiedlung von 8 Unternehmen und Akquise von zahlreichen Investoren sehr erfolgreich. Durch die Ansiedlungserfolge entstanden bzw. entstehen in den Jahren 2011 bis 2013 etwa 1.500 neue Arbeitsplätze. Das ist eine Steigerung der derzeit 11.071 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als 13 %. Zum Vergleich: In den letzten 10 Jahren zuvor waren insgesamt 1.500 neue Arbeitsplätze entstanden. Das entspricht durchschnittlich 150 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr. Schon mit diesen Zuwächsen wies Monheim am Rhein die höchste Dynamik bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im Kreis Mettmann auf. Neben den genannten Unternehmen gibt es zurzeit eine Reihe von Verhandlungen mit namhaften Unternehmen, die sich ebenfalls hier niederlassen wollen. Die Standortentscheidungen werden im kommenden Jahr gefällt und wirken sich positiv auf die weitere Wirtschaftsentwicklung aus.

c) Imagekampagne „Monheim am Rhein Plus“

Der Wirtschaftsstandort Monheim am Rhein hat sich in den letzten zehn Jahren positiv entwickelt und weist eine überdurchschnittlich hohe Dynamik auf, was sich anhand der Einzelhandels- und Arbeitsplatzentwicklung belegen lässt. Um diese positiven Entwicklungen als Werbebotschaften zu nutzen, ist 2010 die Idee entstanden, eine Imagekampagne zu entwickeln und umzusetzen, mit dem Ziel, weitere Investoren und Unternehmen für den Standort zu interessieren. Die Kampagne Monheim am Rhein PLUS 2011 wurde mit unterschiedlichen Maßnahmen und großem Erfolg in Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur entwickelt und sowohl als Verkehrs- als auch als Anzeigenwerbung durchgeführt. Ein völlig neuer Ansatz wurde bei der Standortwerbung 2011 mit der Ausstrahlung eines Radio-Werbespots auf den Lokalsendern Antenne Düsseldorf und Radio Neandertal verfolgt. Der Radiospot griff inhaltlich das Thema „DAS GUTE AN DÜSSELDORF: ES LIEGT NAH AN MONHEIM“ auf

und ergänzte die zu diesem Zeitpunkt bereits laufende Anzeigenwerbung in der Tageszeitung Rheinische Post. Die Umsetzung der Kampagne „Monheim am Rhein Plus“ führt zu vermehrten Kontakten mit Unternehmen und trägt letztlich zu den Erfolgen der Unternehmensansiedlungen wesentlich bei. Aufgrund des deutlich gesteigerten Bekanntheitsgrades und des verbesserten Image ist mit weiteren positiven Auswirkungen auch in der Zukunft zu rechnen.

d) Gewerbeflächenentwicklung UCB

Im Jahr 2010 haben das Pharmaunternehmen UCB und die Stadtverwaltung Nutzungsmöglichkeiten für Reserveflächen und für bestehende Büro- und Laborflächen an der Alfred-Nobel-Straße entwickelt. Die Vorschläge der Stadt, den Standort mittelfristig durch Nutzungen von Medizintechnik, Life Science, Biotech, Pharma-, Umwelt- und Agrarbio-Technologie zu ergänzen und so das Bestehende zu stärken, stieß auf positive Resonanz und wurde von UCB im Creative-Campus-Konzept umgesetzt. Demnach können 3.000 m² freie Bürofläche und 1.000 m² Laborfläche von interessierten Unternehmen zum Austausch und gemeinsamen Arbeiten genutzt werden. 30.000 m² teilweise erschlossener Fläche bieten expansionswilligen Unternehmen zudem Platz für die Weiterentwicklung. Neben der weiteren Vermarktung der freien Büro- und Laborflächen ist als nächster Schritt geplant, das Planungs- und Baurecht für 30.000 m² Gewerbefläche zu schaffen. Hierzu ist ein Bauleitplanverfahren notwendig. Nach Schaffung des Bau- und Planungsrechts kann ein neuer Campus für innovative Unternehmen entstehen.

e) Vermarktung / Grundstücksverkäufe

In 2011 konnten weiter erfolgreich Gewerbegrundstücke vermarktet bzw. verkauft werden. Hierzu zählen drei Grundstücke im Gewerbegebiet „Knipprather Busch“ und drei Gewerbegrundstücke im Rheinpark, die entweder verkauft oder optioniert werden konnten.

f) Umgestaltung des Rathausplatzes / Busbahnhof / „Monheimer Tor“

Mit der Fertigstellung des Monheimer Tores und der Umgestaltung des Busbahnhofs zu einem attraktiven städtebaulichen Platzraum können wesentliche Impulse zur weiteren Entwicklung der Einzelhandelslandschaft im Ortskern von Monheim gesetzt werden. Der Bau des € 13 Mio. teuren Einkaufszentrums „Monheimer Tor“ hat im September 2010 begonnen und ist im November 2011 fertig gestellt worden. Die rund 7.000 m² vermietbare Fläche mit 210 neuen Stellplätzen bindet etwa € 20 Mio. Umsatz pro Jahr und soll der Innenstadt einen positiven Handelsimpuls mit 50 bis 100 neuen Arbeitsplätzen geben. Der Eigentümervertreter des Rathauscenters hat zudem signalisiert, den Haupteingang Anfang 2012 barrierefrei umzubauen. Der Bauantrag ist im Dezember bei der Bauaufsicht eingereicht worden.

Der Rathausplatz ist das Drehkreuz und die Verbindung zwischen Rathauscenter und „Monheimer Tor“. Der neu gestaltete Platz mit seinem verbindenden Centerbogen hat an Aufent-

haltsqualität gewonnen und bietet Flächen für Außengastronomie. Zugleich wurde der neue Busbahnhof fertig gestellt. Für mehr als €1,6 Mio. wurden Nahverkehrsknotenpunkt und Rathausplatz umgebaut. Die Bauarbeiten begannen im Mai 2011 und wurden eine Woche nach der Eröffnung des Monheimer Tors im November abgeschlossen.

g) Gewerbegebiet“ Im Weidental“

Aufgrund eines Gebietsänderungsvertrages mit der Stadt Langenfeld ist das Stadtgebiet Monheim um das Gewerbegebiet Im Weidental in einer Größe von 60.000 qm vergrößert worden. Voraussetzung für diese Entwicklung war der vorherige Erwerb des Teils der Grundstücksflächen, der im Eigentum der Stadt Langenfeld war, durch die SEG. Die SEG hat danach auch noch die Flächen in einer Größe von rd. 20.000 qm aufgekauft, die sich in Privatbesitz befanden. Dadurch konnte eine Flexibilität in den Grundstücksgrößen gesichert und strategisch unliebsame Ansiedlungen vermieden werden. Standen Anfang 2011 noch 39.750 qm Gewerbefläche zur Verfügung, waren Ende 2011 alle Grundstücksflächen verkauft oder für Ecolab optioniert.

h) Straßenbaumaßnahmen im Rahmen der Stadtentwicklung

Im Frühjahr 2011 konnte die im Jahr 2010 begonnene Maßnahme Kreisverkehrsplatz Oranienburger Str. mit Busendhaltestelle Mona Mare begonnen werden. Damit soll das in 2010 eingeführte neue Linienkonzept der BSM abgerundet und durch entfallene Stichfahrt hohe Personal- und Sachkosten eingespart werden. Die weitere Umsetzung der Maßnahmen - begonnen wurde mit der Umgestaltung des Rathausplatzes und Busbahnhofes im Jahre 2011 - soll sukzessive fortgesetzt werden. Die weiteren Planungen dieses Förderprojektes sehen eine Fortführung der Attraktivierung der Innenstadt vor mit dem Ziel, eine innerstädtische Einkaufsstraße mit hohem Aufenthaltswert zu schaffen. Überdimensionierte Fahrflächen sollen zugunsten von Boulevardflächen für Fußgänger verkleinert und die Erreichbarkeit der vorhandenen Ladenlokale nachhaltig verbessert werden.

i) Klimaschutzkonzept

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein hat im November 2007 die Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes beschlossen. Die Verwaltung hat darauf hin ein auf die Jahre 2008 – 2012 kommunales Klimaschutzkonzept mit folgenden Handlungsfeldern erstellt:

- Kommunale Gebäude
- Öffentlichkeit
- Umwelt und
- Mobilität

Hiernach werden u.a. die städtischen Gebäude im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sukzessive energetisch ertüchtigt, unwirtschaftliche Gebäude gegen ener-

gieeffiziente Gebäude ersetzt und auf Nutzerverhalten, insbesondere in städtischen Schulen eingewirkt. Im Jahr 2011 hat der Rat entschieden, ein durch das Bundesministerium für Planung, Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit (BMU) gefördertes integriertes Klimaschutzkonzept erstellen zu lassen, das die Potentiale und Möglichkeiten zu wirksamen Klimaschutzmaßnahmen erfasst und bewertet. Im Ergebnis ist ein Maßnahmenkatalog mit Handlungsbeschreibungen, Zeitplänen und Information für die einzubeziehenden Akteure zu erstellen. Es wird nach wie vor so gesehen, dass der Klimaschutz in der Zukunft eine wesentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge und –fürsorge sein wird. Die Maßnahmen, die diese Aufgabe nach sich ziehen, werden auf der einen Seite den städtischen Haushalt belasten, stellen aber auf der anderen Seite einen beträchtlichen Wirtschaftsfaktor dar und können der Imageförderung dienen.

10 Prognosebericht

Für die Stadt Monheim am Rhein stellt sich die Prognose wie folgt dar:

Nach dem der Mittelstand bereits 2010 von der ansteigenden Konjunktur profitierte, waren im Jahr 2011 die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auch für die Kommunen kaum noch zu spüren.

Das Steueraufkommen der deutschen Städte war 2009 und 2010 unter anderem durch erhebliche Einnahmerückgänge bei Einkommen- und Gewerbesteuer geprägt. Die bereits seit 2010 aufstrebende Konjunktur verschaffte vielen Kommunen im Jahr 2011 wieder vermehrte Steuereinnahmen und damit dringend benötigte Handlungsspielräume.

Die Stadt Monheim am Rhein nahm im Jahr 2011 48,4 Millionen Euro Gewerbesteuer ein und schaffte durch die Ansiedlung acht neuer Unternehmen die Voraussetzungen für rund 1500 neue Arbeitsplätze, die bis 2013 am Standort entstehen sollen. Dieser sprunghafte Anstieg bei den Arbeitsplätzen um 13 % und bei der Gewerbesteuer schafft zusammen mit der positiven Resonanz auf die Kampagne Monheim am Rhein PLUS sowie den damit verbundenen Ansiedlungserfolgen 2011 neue Spielräume.

Dies betrifft auch die Diskussion um die Höhe der Gewerbesteuer als einen für Unternehmen entscheidenden Standortfaktor.

Die Gewerbesteuer sollte daher Anfang 2012 auf 300 Punkte abgesenkt werden. Eine Absenkung der Gewerbesteuer auf 300 Punkte wäre der niedrigste Gewerbesteuerhebesatz in Nordrhein-Westfalen. Damit würde sich ein entscheidender Standortfaktor zu Gunsten Monheims verändern und bei den verlagerungs- und expansionswilligen Unternehmen eine enorme Sogkraft ausüben.

Unter diesen neuen Vorzeichen kann der wirtschaftliche Strukturwandel für Monheim am Rhein und die Haushaltskonsolidierung beschleunigt vorangebracht werden. Mit dem entscheidenden Gunstfaktor „Niedrigste Gewerbesteuer in NRW“ müssten gemeinsam mit dem Rat eine neue Ansiedlungspolitik und neue Ansiedlungskriterien festgelegt werden, damit die verfügbaren Gewerbeflächen gemäß den städtischen Vorstellungen sinnvoll vermarktet werden können.

Die städtische Wirtschaftsförderung wird 2012 folgende Ziele und folgendes Arbeitsprogramm umsetzen:

- Aktive Vermarktung des Standortvorteils „Niedrigste Gewerbesteuer in NRW“ mit der Kampagne „Monheim am Rhein PLUS“,
- Anpassung der Flächenpolitik und der Ansiedlungskriterien,
- Ansiedlung von Unternehmen, die wenig Fläche benötigen und viel Gewerbesteuer zahlen,
- Entwicklung und Mobilisierung neuer Gewerbeflächen (Menk'sche Betonsteinwerke, UCB, Schmolz + Bickenbach),
- Unterstützung der ortsansässigen Unternehmen,
- Stärkung des Einzelhandels in Baumberg (Revitalisierung des Einkaufszentrums am Holzweg und Bau des Edeka-Frischemarkts an der Berghausener Straße),
- Unterstützung der Projektentwicklung Heinestraße 6 (Wohn- und Geschäftshaus),
- Citymanagement (Ausbau des Eigentümernetzwerkes, Ladenflächenmanagement und Koordination des Stadtfests),
- Ergänzung der Internetseiten der Wirtschaftsförderung um einen erweiterten Immobilienservice.

11. Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates der Stadt Monheim am Rhein

Die Angaben nach § 116 Abs. 4 GO NRW für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und für die Ratsmitglieder entsprechen folgender Zuordnung:

- a) Name, Vorname
- b) ausgeübter Beruf
- c) Beraterverträge
- d) Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen,
Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
- e) Funktionen in Vereinen oder vergleichbarer Gremien

Verwaltungsvorstand

Name, Vorname	Funktion/Beruf	Buchstabe c)	Buchstabe d)	Buchstabe e)
Zimmermann, Daniel	Bürgermeister		Aufsichtsrat Monheimer Verkehrs- und Versorgungs- GmbH; Gesellschafterversammlung Monheimer Verkehrs- und Versorgungs-GmbH; Aufsichtsrat Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH; Aufsichtsrat Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG; Gesellschafterversammlung Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG; Gesellschafterversammlung Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH; Wirtschaftsförderungsbeirat; Kuratorium der Stiftung Monheim der SSK Düsseldorf;	Vorsitzender Marke Monheim e.V.; Vorsitzender Förderverein des Arbeitersamariter- bundes Kreisver- band Mettmann e.V.; Vorstandsmitglied „Piwipper Bötchen e.V.“
Liebermann, Roland	Beigeordneter		Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Monheim der Stadtsparkasse Düsseldorf	

Name, Vorname	Funktion/Beruf	Buch- stabe c)	Buchstabe d)	Buchstabe e)
Herrmann, Max	Kämmerer		Geschäftsführer Monheimer Verkehrs- und Versorgungs-GmbH; Geschäftsführer Stadtentwicklungsgesell- schaft Monheim am Rhein; beratendes Mitglied im AR Verbandswasserwerk Langenfeld/Monheim GmbH; beratendes Mitglied im AR Monheimer Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	
Trost, Uwe	Beratendes Mit- glied im VV nach § 2 der GO der Stadtverwaltung			
Waters, Thomas	Beratendes Mit- glied im VV nach § 2 der GO der Stadtverwaltung			
Frömmer, Martin	Beratendes Mit- glied im VV nach § 2 der GO der Stadtverwaltung			
Berg, Annette	Beratendes Mit- glied im VV nach § 2 der GO der Stadtverwaltung			

Ratsmitglieder

Name, Vorname	Funktion/Beruf	Buch- stabe c)	Buchstabe d)	Buchstabe e)
Anhut, Ulrich	Studiendirektor			
Arend-Karl, Petra	Sales Manager			Stellv. Vorsitzende im Verein Tischlein Deck Dich e.V.; stellv. Vorsitzende SPD Monheim
Bayrak, Alaattin	Verlagskaufmann			

Name, Vorname	Funktion/Beruf	Buch- stabe c)	Buchstabe d)	Buchstabe e)
Bosbach, Günter	Pensionär		Aufsichtsrat Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH	
Brühland, Tim	Rechtsanwalt		Aufsichtsrat Monheimer Verkehrs- und Versorgungs-GmbH; Mitglied PPP Schulen Monheim am Rhein GmbH; Mitglied im Städte- und Gemeindebund NRW; Umlegungsausschuss der Stadt Monheim am Rhein; Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	2. Vorsitzender Kart-sport-Club Wülfrath e.V.
Friedrich, Lilo	Unternehmerin			
Geyer, Jens	Kaufm. Angestellter		Mitglied im Aufsichtsrat der Schwarz Pharma AG	Vorsitzender der SPD Monheim
Göbel, Karl-Heinz	Rentner			1. Vorsitzender der SG Monheim e.V.; Vorsitzender des Stadt-sportverbandes; Mitglied im Vorstand des Kreissportbundes
Goldmann, Heinz-Jürgen	Prokurist		Aufsichtsrat Monheimer Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	Geschäftsführer der MIT Monheim am Rhein
Goller, Werner	Gesamtschuldi- rektor a.D.			
Gronauer, Markus	Kfm. Angestellter			Vorsitzender des CDU- Stadtverbandes Mon- heim am Rhein; Beisitzer im Vorstand des Baumberger Allge- meinen Bürgervereins e.V.
Große- Allermann, Florian	Student			Vorstandsvorsitzender des Vfgl Rheinland 04 e.V.

Name, Vorname	Funktion/Beruf	Buch- stabe c)	Buchstabe d)	Buchstabe e)
Gunia, Roland	Verwaltungsan- gestellter Versor- gungsamt Düs- seldorf			Vorstandsmitglied der Europa-Union Monheim am Rhein
Hackel, Gabriele	Hausfrau, Kinderpflegerin		Aufsichtsrat Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG; Zweckverband Erzie- hungsberatungsstelle Langenfeld/Monheim	
Heinen, Thomas	Fraktionsge- schäftsführer der SPD Monheim am Rhein			Stellv. Jugendvertreter der Gromoka – Große Monheimer Karnevals- gesellschaft 1902 e.V.
Helpenstell, Robert	Beamter			Vorsitzender des Verwaltungsbeirats einer Wohnungseigentümer- gemeinschaft in Cuxhaven; Beisitzer im CDU – Ortsverbandsvorstand Baumberg;
Kenzler, Benjamin Da- niel	Flugbegleiter			Sprecher DIE LINKE in Monheim am Rhein
Kinzel, Torsten	Student			Mitglied im Vorstand der PETO-Partei
Köchling, Karsten	Student		Mitglied im Kuratorium der Stiftung Monheim der Stadtsparkasse Düsseldorf	
König, Karl	Rentner			Kassierer im CDU – Ortsverband Monheim- Mitte
Kosmala, Bruno	Ltd. Angestellter			Vorstandsmitglied der CDU Ortsverein Baumberg; Vorstandsmitglied MIT Monheim
Lang, Jana	Studentin			Mitglied im Vorstand der PETO-Partei
Nieswand, Helmut	Dreher in Altersteilzeit		Aufsichtsrat Monheimer Elektrizi- täts- und Gasversor- gung GmbH	Geschäftsführer im Stadtverband Monheim der Kleingärtner; Kas- senprüfer im Kleingar- tenverein „Auf der Hei- de“; Kassenprüfer im Verein Tischlein Deck Dich Monheim e.V.

Name, Vorname	Funktion/Beruf	Buch- stabe c)	Buchstabe d)	Buchstabe e)
Oberdieck, Janne	Studentin			Mitglied im Vorstand der PETO-Partei
Ockel, Reinhard	Versicherungs- kaufmann, Direk- tionsbevollmäch- tigter		Aufsichtsrat Werkstät- ten des Kreises Mett- mann GmbH; Aufsichtsrat VRS; Verwaltungsratsmit- glied VRR - AÖR	
Piana, Andreas	Immobilienkauf- mann; Student			
Poell, Manfred	Selbst. Architekt			Kassenwart im Ortsver- ein Monheim Bünd- nis90/Die Grünen
Prondzinsky- Kohlmetz, Marion	Selbst. Rechts- anwältin			Stellv. Vorsitzende des Deutschen Kinder- schutzbundes Monheim e.V.; stellv. Vorsitzende der SG Monheim e.V.; stellv. Vorsitzende des Fördervereins KiTa St. Dionysius
Riedel, Lisa	Promotionsstu- dentin, wissen- schaftl. Mitarbei- terin		Aufsichtsrat Monheimer Verkehrs- und Versorgungs- GmbH; Aufsichtsrat Monheimer Elektrizi- täts- und Gasversor- gung GmbH	
Riedel, Max	Staatl. geprüfter konstruktions- u. fertigungstechni- scher Assistent			Kassierer im Vorstand der PETO
Risse, Lucas	Student		Aufsichtsrat Monheimer Versor- gungs- und Verkehrs- GmbH	
Schlee, Harald	Pensionär; Gymnasiallehrer a.D.			
Schlößer, Ursula	Kommunalbeam- tin		Aufsichtsrat Monheimer Versor- gungs- und Verkehrs- GmbH; Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf	Vorsitzende im Verein Tischlein Deck Dich Monheim e.V.; Revisorin im Verein BTC Baumberg – Baumberger Tennis Club 1975 e.V.

Name, Vorname	Funktion/Beruf	Buch- stabe c)	Buchstabe d)	Buchstabe e)
Dr. Schröder-Weber, Doris	Rechtsanwältin			
Schumacher, Alexander	Ltd. Kaufm. Angestellter			Kreisvorsitzender des Arbeitersamariterbundes Kreisverband Mettmann; Schriftführer im OV SPD Monheim; Kassenprüfer BUND Monheim
Stamm, Andrea	Dipl. Ing. Landschaftsplanung			Vorsitzende des Vereins Abenteuerspielplatz Monheim am Rhein e.V.
Dr. Stapper, Norbert	Biologe			
Strauss, Michael	Student			
Timmermann, Jens	Student			
Timmermann, Sven	Student			
Weber, Sabine	Studentin		Kuratorium der Stiftung Stadt Monheim am Rhein der Stadtsparkasse Düsseldorf	
Werner, Peter	Rechtsanwalt			Beisitzer im Verbandsgericht und Mitglied der Satzungskommission des Deutschen Volleyballverbandes

Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2011

Stadt Monheim am Rhein

AKTIVA

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
1. Anlagevermögen		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.1.1 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	643.984,61	562.878,76
1.1.2 Geschäfts- und Firmenwert	12.447.826,24	13.139.372,14
1.1.3 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	22.862,00	140.099,35
	<u>13.114.672,85</u>	<u>13.842.350,25</u>
1.2 Sachanlagen		
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.1.1 Grünflächen	42.103.675,86	41.897.965,00
1.2.1.2 Ackerland	808.761,00	808.761,00
1.2.1.3 Wald, Forsten	109.013,95	109.013,95
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	5.334.444,40	5.906.953,33
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	11.205.562,52	7.303.631,53
1.2.2.2 Schulen	57.754.966,22	59.113.261,96
1.2.2.3 Wohnbauten	1.858.051,69	2.023.238,21
1.2.2.4 Sonstige, Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	45.497.732,81	46.086.851,30
1.2.3 Infrastrukturvermögen		
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	35.057.735,69	35.053.466,96
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	605.953,59	620.378,42
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	1.130.938,55	1.741.201,64
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	48.417.331,18	52.939.876,44
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	80.097.411,06	81.487.902,45
1.2.3.6 Stromversorgungsanlagen	14.977.112,00	15.422.266,00
1.2.3.7 Gasversorgungsanlagen	9.699.009,00	9.887.783,00
1.2.3.8 Fernwärmanlagen	797.373,00	803.867,00
1.2.3.9 Glasfasernetz	888.408,00	933.794,00
1.2.3.10 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	38.819.572,40	39.502.074,86
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.360.962,53	912.772,26
1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	286.459,50	289.473,50
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	8.805.902,53	8.807.222,49
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.833.825,92	6.863.018,84
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	627.378,80	3.667.397,92
	<u>413.077.582,20</u>	<u>422.182.172,06</u>
1.3 Finanzanlagen		
1.3.1 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	5.564.032,25	6.586.713,89
1.3.2 Sonstige Beteiligungen	255.935,00	191.985,00
1.3.3 Ausleihungen		
1.3.3.1 Sonstige Ausleihungen	8.170.887,46	2.679.568,59
	<u>13.990.854,71</u>	<u>9.458.267,48</u>
	<u>440.183.109,76</u>	<u>445.482.789,79</u>
2. Umlaufvermögen		
2.1 Vorräte		
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	673.354,90	533.533,55
2.1.2 Zur Veräußerung bestimmte Grundstücke und geleistete Anzahlungen	13.714.947,90	12.438.818,99
	<u>14.388.302,80</u>	<u>12.972.352,54</u>
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	7.685.827,26	7.122.770,25
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	6.655.364,19	7.857.397,92
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	1.849.931,82	1.870.261,42
	<u>16.191.123,27</u>	<u>16.850.429,59</u>
2.3 Liquide Mittel	<u>23.117.342,33</u>	<u>2.904.710,28</u>
	<u>53.696.768,40</u>	<u>32.727.492,41</u>
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>827.271,94</u>	<u>490.308,78</u>
	<u>494.707.150,10</u>	<u>478.700.590,98</u>

PASSIVA

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
1. Eigenkapital		
1.1 Allgemeine Rücklage	94.490.665,19	106.960.412,98
1.2 Gesamtergebnis	9.660.980,62	-13.153.747,79
1.3 Anteile anderer Gesellschafter	11.041.308,12	11.512.749,51
	<u>115.192.953,93</u>	<u>105.319.414,70</u>
2. Sonderposten		
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	81.393.298,18	77.586.947,37
2.2 Sonderposten für Beiträge	73.508.237,05	76.715.386,11
2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	957.458,00	642.821,00
2.4 Sonstige Sonderposten	252.040,00	256.261,56
	<u>156.111.033,23</u>	<u>155.201.416,04</u>
3. Rückstellungen		
3.1 Pensionsrückstellungen	50.609.791,00	47.626.059,00
3.2 Instandhaltungsrückstellungen	1.923.490,00	0,00
3.3 Steuerrückstellungen	132.220,87	46.246,56
3.4 Sonstige Rückstellungen	11.836.750,53	11.994.689,15
	<u>64.502.252,40</u>	<u>59.666.994,71</u>
4. Verbindlichkeiten		
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
4.1.1 vom öffentlichen Bereich	255.821,62	1.487.833,09
4.1.2 vom privaten Kreditmarkt	70.316.383,36	71.280.354,45
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	54.400.000,00	54.500.879,41
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	13.933.820,22	14.958.203,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.489.102,10	6.482.550,93
4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	107.207,95	370.631,48
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	6.669.692,79	5.934.840,98
4.7 Erhaltene Anzahlungen	1.207.306,45	108.336,60
	<u>155.379.334,49</u>	<u>155.123.629,94</u>
5. Passive Rechnungsabgrenzung	<u>3.521.576,05</u>	<u>3.389.135,59</u>

Gesamtergebnisrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Stadt Monheim am Rhein

	2011 €	2010 €
1. Steuern und ähnliche Abgaben	77.335.613,58	41.706.777,52
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.275.542,10	18.198.602,31
3. Sonstige Transfererträge	2.694.688,06	1.227.932,85
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.478.519,62	18.202.564,28
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	47.950.748,13	53.017.391,58
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.280.119,64	514.642,87
7. Sonstige ordentliche Erträge	12.122.791,40	8.045.013,79
8. Aktivierte Eigenleistungen	344.901,32	718.909,85
9. Bestandsveränderungen	-203.634,09	-1.460.854,00
10. Ordentliche Gesamterträge	177.279.289,76	140.170.981,05
11. Personalaufwendungen	-31.696.803,28	-29.691.295,75
12. Versorgungsaufwendungen	-3.095.043,01	-2.133.990,37
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-42.618.545,51	-39.712.150,63
14. Bilanzielle Abschreibungen	-16.510.107,76	-16.457.014,95
15. Transferaufwendungen	-48.181.532,61	-42.879.260,23
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	-20.119.268,91	-15.839.028,77
17. Ordentliche Gesamtaufwendungen	-162.221.301,08	-146.712.740,70
18. Ordentliches Gesamtergebnis	15.057.988,68	-6.541.759,65
19. Finanzerträge	1.062.429,50	281.970,51
20. Finanzaufwendungen	-5.823.789,82	-5.835.081,97
21. Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung	239.438,06	102.458,78
22. Gesamtfinanzergebnis	-4.521.922,26	-5.450.652,68
23. Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	10.536.066,42	-11.992.412,33
24. Außerordentliche Erträge	12.648,65	16.100,00
25. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
26. Außerordentliches Gesamtergebnis	12.648,65	16.100,00
27. Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-887.734,45	-1.177.435,46
28. Gesamtjahresergebnis	9.660.980,62	-13.153.747,79

Gesamtanhang

1. Allgemeine Angaben zum Gesamtabchluss

Mit dem Gesamtabchluss 2011 wird gemäß § 116 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i.V.m. §§ 49 ff. der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) ein Überblick über das Vermögen und die Schulden der Stadt Monheim am Rhein und sämtlicher unter ihrer einheitlichen Leitung stehenden verselbständigten Aufgabenbereiche vorgelegt.

Der Gesamtabchluss, bestehend gem. § 49 GemHVO NRW aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz, dem Gesamtanhang mit einer Kapitalflussrechnung und dem Gesamtlagebericht und dem Beteiligungsbericht, wurde auf der Grundlage der GemHVO NRW und dem HGB in der Fassung vom 24. August 2002 aufgestellt. Der Beteiligungsbericht wurde bereits in der Sitzung des Rates am 21.12.2011 vorgelegt.

Aus Gründen der Klarheit ist das Gliederungsschema der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung durch Hinzufügung einzelner Posten ergänzt worden. Auf der Aktivseite sind Posten im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände, des Infrastrukturvermögens und der Beteiligungen sowie auf der Passivseite im Bereich des Eigenkapitals und der Rückstellungen ergänzt worden. In der Gesamtergebnisrechnung sind die Posten „Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung“ und „Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis“ hinzugefügt worden.

2. Konsolidierungskreis

In den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2011 wurden neben der Stadt Monheim am Rhein folgende verselbständigte Aufgabenbereiche und assoziierte Unternehmen nach den Grundsätzen der Voll- und Equity-Konsolidierung gemäß § 50 GemHVO NRW einbezogen:

Verselbständigte Aufgabenbereiche

- Allwetterbad der Stadt Monheim am Rhein GmbH (AWB)
- Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM)
- Gaulke GmbH (Gaulke)
- MEGA Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA)

- Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (MVV)
- Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Städtische Betriebe Monheim am Rhein (SBM)
- Stadtentwicklungsgesellschaft Monheim am Rhein mbH (SEG).

Die Bibliothek Monheim am Rhein gGmbH (Sitz Monheim am Rhein; gezeichnetes Kapital €60.000; Anteil am Kapital 60,0%), ist für den Gesamtabschluss von untergeordneter Bedeutung und wurde somit nicht im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen, sondern zu Anschaffungskosten bewertet.

Assoziierte Unternehmen

- BHKW Monheim GmbH & Co. KG
- Verbandswasserwerk Langenfeld – Monheim GmbH & Co. KG
- Zweckverband der berufsbildenden Schulen Opladen

Für die assoziierten Unternehmen BHKW Monheim Verwaltungs GmbH (Sitz Bietigheim-Bissingen; gezeichnetes Kapital €7.500; Anteil am Kapital 30,0 %) und Verbandswasserwerk Beteiligungs-GmbH (Sitz Langenfeld; gezeichnetes Kapital €8.900; Anteil am Kapital 35,6 %) wurde die Equity-Konsolidierung gemäß § 116 Abs. 3 GO NRW unterlassen, da deren Einfluss auf die Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung ist. Sie wurden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die sonstigen Beteiligungen beinhalten Unternehmen und Zweckverbände, die zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Gesamtbilanz angesetzt wurden, da die Stadt Monheim am Rhein keinen maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftspolitik hat bzw. die Tochter- und assoziierten Unternehmen keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Weitere detailliertere Angaben zu den Beteiligungen sind dem Beteiligungsbericht zu entnehmen.

3. Konsolidierungsmethoden

Die Jahresabschlüsse der in den Gesamtabschluss einbezogenen Unternehmen, deren Abschlussstichtag der 31. Dezember 2011 ist, werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach der Neubewertungsmethode durch Verrechnung der Buchwerte der Anteile mit dem auf den Konzern entfallenden Eigenkapital der einbezogenen Tochterunternehmen zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Gesamtabschluss zum 1. Januar 2010.

Infolge der Erstkonsolidierung zum 1. Januar 2010 ergaben sich aus der Kapitalkonsolidierung verbleibende aktivische Unterschiedsbeträge bei der MVV, die in der Gesamtbilanz als Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von T€12.448 ausgewiesen werden. Der Geschäfts- und Firmenwert wird in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard 4 (DRS 4) über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren linear abgeschrieben. Die Abschreibung auf den Goodwill beläuft sich im Jahr 2011 auf T€692. Der aus der Kapitalkonsolidierung zum 1. Januar 2010 resultierende passivische Unterschiedsbetrag der SBM in Höhe von T€232 wurde der Konzernrücklage zugeordnet.

Die Equity-Konsolidierung für die in den Gesamtabschluss einbezogenen assoziierten Unternehmen erfolgte nach der Buchwertmethode zum 1. Januar 2010. Der aktive Unterschiedsbetrag der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG zum 1. Januar 2010 in Höhe von T€73 ist auf stille Reserven zurückzuführen, der in der Folgekonsolidierung erfolgswirksam abgeschrieben wird. Die Abschreibung der stillen Reserven beläuft sich im Jahr 2011 auf T€15. Der passive Unterschiedsbetrag des Zweckverbandes der berufsbildenden Schulen Opladen zum 1. Januar 2010 in Höhe von T€387 ist auf Gewinnthesaurierungen zwischen dem Anteilserwerb und dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung zurückzuführen, so dass er mit der allgemeinen Rücklage erfolgsneutral verrechnet wurde.

Die Kapitalanteile an der BHKW Monheim GmbH & Co. KG wurden zu Anschaffungskosten, die dem bilanziellen Eigenkapital zum 1. Januar 2010 entsprechen, einbezogen. Die Equity-Werte werden auf der Grundlage des letzten vorliegenden Jahresabschlusses fortgeschrieben und stimmen mit dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital des Beteiligungsunternehmens zum 31. Dezember 2011 überein. Bei den assoziierten Unternehmen wurden aus Wesentlichkeitsgründen keine Anpassungen auf die im Gesamtabschluss angewandten Bewertungsmethoden vorgenommen.

Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital von in den Gesamtabchluss einbezogenen Tochterunternehmen sind gesondert ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen wurden gegeneinander aufgerechnet. Zwischenergebnisse wurden eliminiert.

4. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten fanden die §§ 32 bis 36 und die §§ 41 bis 43 GemHVO NRW entsprechende Anwendung.

Der Wertansatz der Vermögensgegenstände der Kernverwaltung geht auf die erstmalige Bewertung des Vermögens im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 1. Januar 2007 zurück. Die in der Eröffnungsbilanz angesetzten Werte gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Der **Geschäfts- und Firmenwert** wird in Anlehnung an den DRS 4 linear über 20 Jahre abgeschrieben.

Die **Sonstigen immateriellen Vermögensgegenstände** und **Sachanlagen** sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Berücksichtigung von linearen Abschreibungen angesetzt. Es erfolgt eine Anpassung von Nutzungsdauern der einbezogenen Tochterunternehmen an die vom Innenministerium NRW bekannt gegebene Abschreibungstabelle für Kommunen. Innerhalb des dort vorgegebenen Rahmens wurde unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse die Bestimmung der Nutzungsdauern vorgenommen. Bis zum 31. Dezember 2007 zugegangene Sachanlagen aus dem Einzelabschluss der MEGA werden degressiv mit Übergang zur linearen AfA-Methode abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Die Poolabschreibungen für geringwertige Vermögensgegenständen mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen € 150 und € 1.000 aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen Tochterunternehmen wurden aus Wesentlichkeitsgründen unverändert übernommen. Diese werden im Geschäftsjahr der Bildung und in den vier Folgejahren mit jeweils einem Fünftel abgeschrieben.

Der Grundsatz der Einzelbewertung wurde beachtet (§ 32 Abs. 1 Ziff. 2 GemHVO NRW). In begründeten Fällen wurde für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens von Bewertungsvereinfachungsverfahren, wie z. B. Gruppen- oder Festwertverfahren Gebrauch gemacht (§ 34 GemHVO NRW).

Bei den **Finanzanlagen** werden die Anteilsrechte, soweit nicht nach der Equity-Methode bilanziert, zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt. Die unter den sonstigen Ausleihungen ausgewiesenen Darlehen sind mit ihren Barwerten angesetzt.

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgte zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die zur Veräußerung bestimmten Grundstücke sind zu Anschaffungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Geleistete **Anzahlungen** werden mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Die **liquiden Mittel** sind zu Nennwerten angesetzt.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die **Pensionsrückstellungen** werden analog der Vorschriften des § 36 GemHVO NRW auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert unter Berücksichtigung der Heubeck Richttafeln 2005 G und eines Zinsfußes von 5 % ermittelt.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

5. Erläuterungen zur Gesamtbilanz

5.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens geht aus dem beigefügten Gesamtanlagespiegel hervor.

5.2 Vorräte

Die Vorräte beinhalten im Wesentlichen mit T€13.715 die zur Veräußerung bestimmten Grundstücke und geleistete Anzahlungen für die erworbenen Grundstücke „Rheinpark-Gelände“ und „Im Weidental“ in Monheim am Rhein, die zur Weiterveräußerung an Unternehmen bestimmt sind.

5.3 Forderungen

Die Forderungen resultieren aus privatrechtlichen Kundenforderungen (T€6.655) insbesondere für Gas- und Stromlieferungen sowie öffentlich-rechtlichen Forderungen aus Gebühren, Beiträgen und Steuern sowie Forderungen aus Transferleistungen (T€7.686) der Stadt Monheim am Rhein.

5.4 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Ausgleichszahlungen für die Beförderung von Schwerbehinderten und Steuererstattungsansprüche sowie Forderungen aus Versicherungsentschädigungen.

5.5 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen die Guthaben bei Kreditinstituten und Bargeldbestände in Form von Wechselgeld der Handkassen sowie Fundgelder.

5.6 Aktive Rechnungsabgrenzung

Die aktive Rechnungsabgrenzung wurde insbesondere für Sozialleistungen und die Beamtensbesoldung für Januar 2012 vorgenommen, die bereits im Dezember 2011 ausgezahlt wurden.

5.7 Latente Steuern

Die Ermittlung latenter Steuern auf Ebene des kommunalen Gesamtabschlusses ist nicht relevant, da die Kommune sowohl Steuerpflichtiger als auch Steuerberechtigter ist. Im Gesamtabschluss der Stadt Monheim am Rhein wurde entsprechend der Empfehlung des „Praxisleitfadens zur Aufstellung eines NKF-Gesamtabschlusses“ zum Umgang mit latenten Steuern auf die Ermittlung und den Ausweis von latenten Steuern verzichtet.

5.8 Eigenkapital

Das Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

		31.12.2011
		€
1.1	Allgemeine Rücklage	
1.1.1	Allgemeine Rücklage der Kernverwaltung	92.525.102,55
1.1.2	Allgemeine Rücklage der Tochterunternehmen	1.347.000,00
1.1.3	Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	618.562,64
1.2	Gesamtjahresergebnis	9.660.980,62
1.3	Anteile anderer Gesellschafter	11.041.308,12
		115.192.953,93

Der Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ist durch die Verrechnung des Beteiligungsbuchwertes der SBM (T€232) mit dem anteiligen Eigenkapital zum Erstkonsolidierungszeitpunkt und den passiven Unterschiedsbetrag der BZV Opladen im Rahmen der Equity-Konsolidierung (T€387) entstanden.

Die Anteile anderer Gesellschafter beinhalten die Anteile am Eigenkapital, die auf die Fremdgesellschafter der MEGA, die Stadtwerke Düsseldorf AG, entfallen. Die Anteile anderer Gesellschafter am Stammkapital belaufen sich auf € 10.153.573,67 und am Gewinnanteil auf € 887.734,45.

Die Sonderposten enthalten im Wesentlichen zweckgebundene Zuwendungen in Höhe von T€81.393 und Beiträge in Höhe von T€73.508. Die Sonderposten für Zuwendungen resultieren vor allem aus Landesmitteln und geleisteten Kostenbeiträgen von Kunden aufgrund gesetzlicher Bestimmungen bzw. vertraglicher Vereinbarungen. Die Sonderposten für Beiträge beinhalten Erschließungsbeiträge nach dem BauGB, Straßenbaubeiträge gemäß § 8 KAG NRW und Kanalanschlussbeiträge.

Die Pensionsrückstellungen bestehen aus Rückstellungen für die Beamten der Kernverwaltung in Höhe von T€ 41.398 sowie für die voll zu konsolidierenden Tochterunternehmen BSM (T€ 8.427) und SBM (T€ 785).

5.9 Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen wurden für unterlassene Gebäude- (T€ 1.313) und Straßenunterhaltungsmaßnahmen (T€ 610) gebildet.

5.10 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011 T€
Personalmrückstellungen	5.146
Landesmittel Deich	2.186
Rückstellungen für die Energieversorgung	1.865
Beratungs-, Prüfungs- und Rechtskosten	950
Rückstellungen für den Öffentlichen Personennah- und Güterverkehr	786
Familienunterstützung	709
Übrige Rückstellungen	195
	11.837

Die Personalmrückstellungen betreffen die Rückstellungen für Altersteilzeit (T€ 3.821) sowie Urlaub und Überstunden (T€ 786). Weiterhin wurden Rückstellungen für Jubiläen, Leistungszulagen und für Beiträge an die Berufsgenossenschaft in Höhe von insgesamt T€ 539 gebildet.

Die Rückstellungen für die Energieversorgung enthalten die Mehrerlösabschöpfung, die den Betrag beinhaltet, um den die vereinnahmten Netzentgelte die von der Regulierungsbehörde genehmigte Höhe überschritten hatte (T€ 1.291), und die Mehr- und Mindermengen Gas in Höhe von T€ 7 für Abweichungen bei der Gegenüberstellung der allokierten und physischen Gasflüsse. Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für das Regulierungskonto in Höhe von T€ 567 bilanziert.

5.11 Verbindlichkeiten

Detaillierte Angaben zu den Verbindlichkeiten und ihren Laufzeiten sind dem beigefügten Verbindlichkeitsspiegel zu entnehmen.

5.12 Passive Rechnungsabgrenzung

Die passive Rechnungsabgrenzung wurde insbesondere für Mietvorauszahlungen und mehrjährige Grabnutzungsrechte vorgenommen.

6. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

6.1 Ordentliche Gesamterträge

Die Erträge werden durch die Ertragsarten der Steuern und ähnlichen Abgaben (T€ 77.336) sowie die privatrechtlichen Leistungsentgelte (T€ 47.951) geprägt, die sich auf insgesamt 70,6 % der ordentlichen Gesamterträge belaufen. Während die Steuern und ähnliche Abgaben ausschließlich von der Kernverwaltung realisiert werden, entfallen die privatrechtlichen Leistungsentgelte auf die einbezogenen Unternehmen insbesondere durch die Energieversorgung der Stadt Monheim am Rhein.

6.2 Ordentliche Gesamtaufwendungen

Die ordentlichen Gesamtaufwendungen in Höhe von T€ 162.221 beruhen vor allem auf Personal- (T€ 31.697), Sach- und Dienstleistungs- (T€ 42.619) sowie Transferaufwendungen (T€ 48.181), die zu 66,0 % auf die Kernverwaltung, zu 25,2 % auf die MEGA und zu 5,2 % auf die BSM entfallen.

6.3 Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen belaufen sich auf 29,7 % der ordentlichen Gesamtaufwendungen und fallen ausschließlich bei der Kernverwaltung an. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Sozialleistungen, Zuwendungen und Zuschüsse an Gemeinde- und Zweckverbände sowie Umlagen und Steuerbeteiligungen.

6.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die sich auf 26,3 % der ordentlichen Gesamtaufwendungen belaufen, entfallen im Wesentlichen auf die Strom- und Gasbezugskosten sowie die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens und die Gebäude.

6.5 Abschreibungen

Die Abschreibungen gehen aus dem beigefügten Gesamtanlagenspiegel hervor. Die Abschreibungen enthalten mit T€ 692 Abschreibungen auf den Geschäfts- und Firmenwert sowie die planmäßigen Abschreibungen auf aufgedeckte stille Reserven aus der Kapitalkonsolidierung.

6.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen entfallen mit 52,5 % (T€ 10.564) auf die Kernverwaltung und mit 31,4 % (T€ 6.314) auf die MEGA. Größte Aufwandsposition ist dabei die Rückdeckungsversicherung für die Beamtenpensionen, die Erdgas- und Stromsteuer und der Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens zu Restbuchwerten.

6.7 Gesamtfinanzergebnis

Das negative Gesamtfinanzergebnis beruht auf den Finanzaufwendungen in Höhe von T€ 5.824 insbesondere für Investitions- und Liquiditätskredite der Kernverwaltung. Dem gegenüber stehen Finanzerträge von T€ 1.063 und das Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung von T€ 239.

6.8 Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis

Den anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis setzt sich aus der Ausgleichszahlung an die Stadtwerke Düsseldorf AG als außenstehender Gesellschafter der MEGA (T€ 1.062) und dem auf andere Gesellschafter zuzurechnenden Jahresfehlbetrag (T€ 174) infolge der im Rahmen der Kapitalkonsolidierung anteilig aufgedeckten stillen Reserven im abnutzbaren Anlagevermögen zusammen.

7. Erläuterungen zur Gesamtkapitalflussrechnung

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde gemäß DRS 2 unter Anwendung der indirekten Methode für den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aufgestellt. Der Finanzmittelbestand wird aus dem Bilanzposten Liquide Mittel abgeleitet.

Auszahlungen im Rahmen der Investitionstätigkeit für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betreffen im Wesentlichen Investitionen in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude, das städtische Straßen-, Gas- und Stromnetz, Maschinen und technische Anlagen sowie Fahrzeuge für den Personenkraftverkehr.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit wird bestimmt durch die Tilgung von Investitions- und Liquiditätskrediten der Kernverwaltung und der MEGA.

Bei den Auszahlungen an andere Gesellschafter in Höhe von T€ 1.359 handelt es sich um die Ausgleichszahlung an die Stadtwerke Düsseldorf AG als außenstehender Gesellschafter der MEGA.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit konnte den Mittelabfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit vollständig decken. Der Finanzmittelfonds ist dementsprechend um T€ 20.212 angestiegen.

8. Sonstige Angaben

8.1 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mit der rhenag Rheinische Energie AG, Köln, besteht ein Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen im Informationsverarbeitungsbereich, der finanzielle Verpflichtungen von T€ 130 beinhaltet.

Mit der Wingas GmbH, Kassel, besteht ein bis zum 1. Oktober 2017 laufender Vertrag über den Bezug von Gas für das Vertragsgebiet Monheim am Rhein.

8.2 Verpflichtungen aus Leasingverträgen

Zum Bilanzstichtag bestehen nachstehend aufgeführte Leasing-, Miet- und leasingähnliche Verträge:

Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Die Verpflichtungen aus Hardware-Leasingverträgen zur Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologie betragen zum 31. Dezember 2011:

Leasinggegenstand / Mietgegenstand	Leasinggeber / Vermieter	Beginn	Ende	Restlauf- zeit in Monaten	Gesamtverpflichtung zum 31.12.2011 EUR
Drucker	TA Triumph-Adler Consluting GmbH	01.04.2007	31.01.2012	1	9.293,28
Workstations, Monitore, Notebooks	CSI Leasing GmbH	01.07.2008	30.06.2012	6	473,28
					9.766,56

Sonstige Leasingverträge

Die Stadt Monheim am Rhein hat des Weiteren noch Verpflichtungen aus folgenden Leasingverträgen:

Leasinggegenstand / Mietgegenstand	Leasinggeber / Vermieter	Beginn	Ende	Restlauf- zeit in Monaten	Gesamtverpflichtung zum 31.12.2011 EUR
Cafébar VHS	Café Bar GmbH	01.09.2005	28.02.2012	2	130,00
WMF Kaffeautomat	leasconcept GmbH & Co. KG	01.07.2008	30.06.2013	18	4.644,00
					4.774,00

8.3 Verpflichtungen aus Public Private Partnership-Verträgen

Die Stadt Monheim am Rhein hat mit Wirkung vom Januar 2004 mit der PPP Schulen Monheim am Rhein GmbH einen Vertrag über die öffentlich-private Partnerschaft „Sanierung-Unterhaltung-Bewirtschaftung der Schulgebäude und Turn-/Sporthallen der Stadt Monheim am Rhein“ mit einer Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Für diese Dienstleistung entrichtet die Stadt Monheim am Rhein ein jährliches Entgelt welches sich aus mehreren Komponenten zusammensetzt.

Kernelemente sind die Ausgaben für

- a) die Bewirtschaftung der Gebäude,
- b) die bauliche Unterhaltung der Gebäude,
- c) die tatsächlich anfallenden Energiekosten,
- d) die Finanzierungs- und Amortisationskosten für die PCB-Sanierung, die Grundsanierung, und Neu- und Umbauten des größten Teils der Schulen.

Der Gesamtbetrag beläuft sich im Haushaltsjahr 2011 auf T€ 3.490.

Die Maßnahmen unter a) und b) unterliegen einer Entgeltanpassung nach dem Verbraucherpreisindex und werden zu Beginn eines jeden Kalenderjahres nach den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes angepasst.

Die Energiekosten werden jährlich exakt errechnet. Sie sind variabel hinsichtlich der verbrauchten Einheiten und hinsichtlich der jeweils aktuellen Energiepreise.

Die investiven Maßnahmen unter d) umfassen ein Gesamtvolumen von € 18,66 Mio. und führen damit rechtlich zu einer Rückzahlungsverpflichtung der Stadt Monheim am Rhein gegenüber dem Investor. Diese Summe wird sich um den Tilgungsanteil zukünftig reduzieren.

Die hierfür zu erbringende Jahresrate durch die Stadt Monheim am Rhein unterliegt keinerlei Zinsänderungsrisiko über die Gesamtlaufzeit von 25 Jahren. Die Finanzierungsrate beträgt für das Haushaltsjahr 2011 € 1,53 Mio. Wegen dieser zusätzlichen kreditähnlichen Belastung hat die Aufsichtsbehörde die Auflage erteilt, in den Folgejahren, mindestens solange, bis ein ausgeglichener Haushalt wieder erreicht wird, im Vermögenshaushalt keine Nettoneuverschuldung zuzulassen. Ausgenommen bei der Berechnung werden die voll durch Gebühren finanzierten Investitionen (so genannte rentierliche Maßnahmen). Dieser Auflage wird die Stadt Monheim am Rhein in den Folgejahren nachkommen.

8.4 Finanzinstrumente

Zur Absicherung eines kalkulierbaren Zinsniveaus von Darlehen mit einer Restvaluta zum Bilanzstichtag von insgesamt T€ 14.098 wurden neun Zinsswaps abgeschlossen. Die Zinsswaps haben bei isolierter Betrachtung infolge des durch die Finanzkrise gesunkenen allgemeinen Zinsniveaus einen theoretischen beizulegenden Zeitwert, der als Barwert der Zinszahlungsströme nach Marktzinsmethode ermittelt wurde, von insgesamt – T€ 729. Da die Bildung einer Bewertungseinheit mit den zugrunde liegenden Darlehen vorgenommen wurde, besteht kein bilanzielles Risiko, wofür eine Risikovorsorge hätte gebildet werden müssen. Darüber hinaus bestehen weitere neun Zinsswaps mit einem beizulegenden Zeitwert zum Bilanzstichtag von T€ 1.045. Die Regelungen zur Bildung einer Bewertungseinheit zur kompensatorischen Bewertung der Sicherungsbeziehung werden angewandt.

8.5 Anteilsbesitz des „Konzern Stadt Monheim am Rhein“

Zu den Angaben des Anteilsbesitzes wird auf den Beteiligungsbericht verwiesen.

Gesamtkapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Stadt Monheim am Rhein

	2011	2010
	T€	T€
Laufende Geschäftstätigkeit		
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	9.648	-13.170
Abschreibungen auf Anlagevermögen	16.438	16.231
Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	638	-1.657
Zu- / Abnahme des Sonderpostens	910	-1.179
Zu- / Abnahme der Vorräte	-1.415	543
Abnahme der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände	659	5.265
Zunahme des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens	-337	-116
Zu- / Abnahme der Rückstellungen	4.835	-213
Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten	3.575	-2.431
Zunahme des passiven Rechnungsabgrenzungspostens	133	96
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	888	203
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	13	16
	35.985	3.588
Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.323	3.085
Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-8.567	-13.844
Einzahlungen aus Anlagenabgängen des Finanzanlagevermögens	245	957
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.800	-1.110
Veränderungen der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1.022	-959
	-11.777	-11.871
Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen in die allgemeine Rücklage	684	663
Auszahlungen an andere Gesellschafter	-1.359	-600
Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	344	5.415
Auszahlungen für Kredittilgungen	-2.641	-700
Tilgung von Verbindlichkeiten, die einer Kreditaufnahme wirtschaftlich gleichkommen	-1.024	-1.039
	-3.996	3.739
Veränderung Finanzmittelbestand	20.212	-4.544
Finanzmittelbestand am 1.1.	2.905	7.449
Finanzmittelbestand am 31.12.	23.117	2.905
Veränderung Finanzmittelbestand	20.212	-4.544

Entwicklung des Gesamtanlagevermögens vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

Stadt Monheim am Rhein

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	1.1.2011 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	31.12.2011 €	1.1.2011 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2011 €	31.12.2011 €	31.12.2010 €
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände											
1.1.1 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.014.527,01	119.893,34	0,00	117.237,35	2.251.657,70	1.451.648,25	156.024,84	0,00	1.607.673,09	643.984,61	562.878,76
1.1.2 Geschäfts- und Firmenwert	13.830.918,04	0,00	0,00	0,00	13.830.918,04	691.545,90	691.545,90	0,00	1.383.091,80	12.447.826,24	13.139.372,14
1.1.3 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	140.099,35	0,00	0,00	-117.237,35	22.862,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.862,00	140.099,35
	15.985.544,40	119.893,34	0,00	0,00	16.105.437,74	2.143.194,15	847.570,74	0,00	2.990.764,89	13.114.672,85	13.842.350,25
1.2 Sachanlagen											
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte											
1.2.1.1 Grünflächen	41.942.427,53	403.865,99	0,00	-150.452,69	42.195.840,83	44.462,53	47.702,44	0,00	92.164,97	42.103.675,86	41.897.965,00
1.2.1.2 Ackerland	808.761,00	0,00	0,00	0,00	808.761,00	0,00	0,00	0,00	0,00	808.761,00	808.761,00
1.2.1.3 Wald, Forsten	109.013,95	0,00	0,00	0,00	109.013,95	0,00	0,00	0,00	0,00	109.013,95	109.013,95
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	5.906.953,33	10.898,00	583.406,93	0,00	5.334.444,40	0,00	0,00	0,00	0,00	5.334.444,40	5.906.953,33
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte											
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	7.871.272,53	1.502.029,88	297.000,00	2.762.491,17	11.838.793,58	567.641,00	179.979,33	114.389,27	633.231,06	11.205.562,52	7.303.631,53
1.2.2.2 Schulen	64.671.720,88	0,00	73.500,20	286.648,03	64.884.868,71	5.558.458,92	1.571.443,57	0,00	7.129.902,49	57.754.966,22	59.113.261,96
1.2.2.3 Wohnbauten	2.181.209,75	0,00	148.000,00	0,00	2.033.209,75	157.971,54	34.641,13	17.454,61	175.158,06	1.858.051,69	2.023.238,21
1.2.2.4 Sonstige, Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	61.337.903,58	928.182,02	249.000,00	0,00	62.017.085,60	15.251.052,28	1.283.910,68	15.610,17	16.519.352,79	45.497.732,81	46.086.851,30
1.2.3 Infrastrukturvermögen											
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	35.053.657,39	4.648,22	0,00	-211,98	35.058.093,63	190,43	167,51	0,00	357,94	35.057.735,69	35.053.466,96
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	678.077,74	0,00	0,00	0,00	678.077,74	57.699,32	14.424,83	0,00	72.124,15	605.953,59	620.378,42
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	19.833.688,75	5.365,80	0,00	0,00	19.839.054,55	18.092.487,11	615.628,89	0,00	18.708.116,00	1.130.938,55	1.741.201,64
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	70.786.239,76	0,00	882,77	0,00	70.785.356,99	17.846.363,32	4.521.662,49	0,00	22.368.025,81	48.417.331,18	52.939.876,44
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	90.948.594,39	1.085.264,82	500.635,08	405.988,38	91.939.212,51	9.460.691,94	2.441.176,59	60.067,08	11.841.801,45	80.097.411,06	81.487.902,45
1.2.3.6 Stromversorgungsanlagen	76.756.978,00	732.265,00	279.296,00	0,00	77.209.947,00	61.334.712,00	1.177.419,00	279.296,00	62.232.835,00	14.977.112,00	15.422.266,00
1.2.3.7 Gasversorgungsanlagen	13.871.363,00	179.648,00	5.327,00	0,00	14.045.684,00	3.983.580,00	365.894,00	2.799,00	4.346.675,00	9.699.009,00	9.887.783,00
1.2.3.8 Fernwärmeanlagen	1.360.560,00	68.573,00	0,00	0,00	1.429.133,00	556.693,00	75.067,00	0,00	631.760,00	797.373,00	803.867,00
1.2.3.9 Glasfasernetz	1.817.982,00	45.744,00	0,00	0,00	1.863.726,00	884.188,00	91.130,00	0,00	975.318,00	888.408,00	933.794,00
1.2.3.10 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	42.229.830,50	0,00	0,00	0,00	42.229.830,50	2.727.755,64	682.502,46	0,00	3.410.258,10	38.819.572,40	39.502.074,86
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.361.809,22	104.243,75	511.786,00	667.024,93	1.621.291,90	449.036,96	54.057,83	242.765,42	260.329,37	1.360.962,53	912.772,26
1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	313.777,00	0,00	0,00	0,00	313.777,00	24.303,50	3.014,00	0,00	27.317,50	286.459,50	289.473,50
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	22.196.533,61	1.089.630,60	1.005.450,92	341.487,33	22.622.200,62	13.389.311,12	1.429.288,15	1.002.301,18	13.816.298,09	8.805.902,53	8.807.222,49
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.174.711,87	1.001.727,66	159.805,18	2.382,90	13.019.017,25	5.311.693,03	1.001.465,96	127.967,66	6.185.191,33	6.833.825,92	6.863.018,84
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.667.397,92	1.284.732,86	9.393,91	-4.315.358,07	627.378,80	0,00	0,00	0,00	0,00	627.378,80	3.667.397,92
	577.880.463,70	8.446.819,60	3.823.483,99	0,00	582.503.799,31	155.698.291,64	15.590.575,86	1.862.650,39	169.426.217,11	413.077.582,20	422.182.172,06
1.3 Finanzanlagen											
1.3.1 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	6.586.713,89	348.023,59	1.370.705,23	0,00	5.564.032,25	0,00	0,00	0,00	0,00	5.564.032,25	6.586.713,89
1.3.2 Sonstige Beteiligungen	191.985,00	63.950,00	0,00	0,00	255.935,00	0,00	0,00	0,00	0,00	255.935,00	191.985,00
1.3.3 Ausleihungen											
1.3.3.1 Sonstige Ausleihungen	2.681.540,59	5.735.543,85	244.795,98	0,00	8.172.288,46	1.972,00	0,00	571,00	1.401,00	8.170.887,46	2.679.568,59
	9.460.239,48	6.147.517,44	1.615.501,21	0,00	13.992.255,71	1.972,00	0,00	571,00	1.401,00	13.990.854,71	9.458.267,48
	603.326.247,58	14.714.230,38	5.438.985,20	0,00	612.601.492,76	157.843.457,79	16.438.146,60	1.863.221,39	172.418.383,00	440.183.109,76	445.482.789,79

Gesamtverbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2011

Stadt Monheim am Rhein

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag 31.12.2011 €	mit einer Restlaufzeit			Gesamtbetrag 31.12.2010 €
		bis zu 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €	
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen					
4.1.1 vom öffentlichen Bereich	255.821,62	7.850,00	32.720,00	215.251,62	1.487.833,09
4.1.2 vom privaten Kreditmarkt	70.316.383,36	2.970.893,10	14.292.228,63	53.053.261,63	71.280.354,45
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	54.400.000,00	12.380.000,00	42.020.000,00	0,00	54.500.879,41
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	13.933.820,22	1.025.000,00	4.100.000,00	8.808.820,22	14.958.203,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.489.102,10	8.489.102,10	0,00	0,00	6.482.550,93
4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	107.207,95	107.207,95	0,00	0,00	370.631,48
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	6.669.692,79	6.302.774,58	0,00	366.918,21	5.934.840,98
4.7 Erhaltene Anzahlungen	1.207.306,45	1.207.306,45	0,00	0,00	108.336,60
	155.379.334,49	32.490.134,18	60.444.948,63	62.444.251,68	155.123.629,94